

Aktionsplan eGovernment

Bericht und Handlungsleitfaden zur Verwirklichung von eGovernment in Rheinland-Pfalz

rheinland-pfalz 24

Steuer infolge Wechsels der Besteuerungsart-form sowie Nachsteuer auf versteuerte Anzahlungen wegen Steuersatzerhöhung	45
Umsatzsteuer	
Abziehbare Vorsteuerbeträge	
Vorsteuerbeträge aus Rechnungen von anderen Unternehmen (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG), aus Leistungen im Sinne des § 13a Abs. 1 Nr. 6 UStG (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 UStG) und aus innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften (§ 25b Abs. 6 UStG)	
Vorsteuerbeträge aus dem innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 UStG)	
Enrichtete Einfuhrumsatzsteuer (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UStG)	
Vorsteuerbeträge aus Leistungen im Sinne des § 13b Abs. 1 UStG (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 UStG)	
Vorsteuerbeträge, die nach allgemeinen Durchschnittssätzen berechnet sind (§§ 23 und 23a UStG)	
Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)	
Vorsteuerabzug für innergemeinschaftliche Lieferungen neuer Fahrzeuge außerhalb eines Unternehmens (§ 2a UStG) sowie von Kleinunternehmen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 UStG	
Verbleibender Betrag	



0. Übersicht

Willkommen in der Zukunft: eGovernment in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat sich frühzeitig der Herausforderung eGovernment gestellt und durch kontinuierliche Investitionen und praxisorientierte Lösungsmodelle seine Spitzenposition ausgebaut. Es gibt zur Zeit eine Liste von rund 100 eGovernment-Verfahren und -Vorhaben. Der „Aktionsplan eGovernment“ beinhaltet eine Zusammenfassung der erfolgten eGovernment-Aktivitäten in Rheinland-Pfalz und stellt einen Ausblick auf die zukünftige strategische Ausrichtung der eGovernment-Politik in den Mittelpunkt.

Für die moderne Verwaltung ist eGovernment eine wesentliche Bedingung. Durch die neuen Verfahren wird die Leistungsfähigkeit der Verwaltung entscheidend verbessert. Mehr als 250 Millionen Euro hat die rheinland-pfälzische Landesregierung zwischen 1999 und 2004 für eGovernment-Maßnahmen aufgewendet. Die Anstrengungen lohnen sich: Verwaltungsleistungen ohne Medienbruch stellen einen echten Mehrwert dar. Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft erwarten schließlich von einer zeitgemäßen öffentlichen Verwaltung, dass ihre Anträge und Anfragen zukünftig jederzeit sowohl vom Büro als auch von Zuhause aus online übermittelt werden und dass sie Genehmigungen über das Internet einholen können.

Die veränderten Arbeitsbedingungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung nicht nur Erleichterung, sondern auch Herausforderung. Mit der bloßen Konstruktion einer Internetseite oder dem Bereitstellen von Formularen ist es beim eGovernment nicht getan. Tatsächlich geht es um eine weitaus größere Leistungstiefe. Die Grundlage dafür wurde in Rheinland-Pfalz mit einer Reihe von Maßnahmen geschaffen: Der Aufbau des flächendeckenden rlp-Netzes seit 1996, die Durchführung einer Verwaltungsreform, die Entscheidung für ein einheitliches Dokumentenmanagementsystem und schließlich der Entschluss, die elektronische Signatur einzuführen.

Zukunftsweisende eGovernment-Projekte sind in Rheinland-Pfalz beispielsweise das Verwaltungsportal mit dem rlp-Lotsen, das bundesweit modernste Dateninformationssystem RIVAR der rheinland-pfälzischen Polizei, das elektronische Grundbuch, der Online-Service des Statistischen Landesamtes und die elektronische Steuererklärung. Zu den ehrgeizigsten Projekten gehört die Entwicklung der „rlp-middleware“, einer standardisierten Schnittstelle, die das Rückgrat des rheinland-pfälzischen eGovernments bilden wird.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

0. Zusammenfassung

Zusammenfassung

Der Ministerrat ist in seiner Klausur zur Verwaltungsmodernisierung am 20. April 2004 übereingekommen, zum Zwecke der Information eine eigene Kabinettsitzung zum Thema eGovernment anzusetzen. Es soll anhand konkreter Beispiele das bis dahin Erreichte überprüft werden. Hinsichtlich der Perspektiven von eGovernment hat der IKT-Ausschuss in seiner Sitzung vom 26. April 2004 das Ministerium des Innern und für Sport mit der Vorlage einer strategischen Planung für eGovernment in der Landesverwaltung beauftragt. Eine Zusammenfassung der bisherigen eGovernment-Aktivitäten und die zukünftige strategische Ausrichtung der eGovernment-Politik findet sich im „Aktionsplan eGovernment“.

eGovernment ist ein wesentliches Element der Verwaltungsmodernisierung. Neue Verfahren verbessern die Leistungsfähigkeit der Verwaltung entscheidend. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz ist sich dieser Herausforderung bewusst und investiert kontinuierlich engagiert und zielgerichtet in die Entwicklung zukunftsweisender eGovernment-Projekte. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Jahr 1999 erstmals die inhaltliche und strategische Ausrichtung von eGovernment in einem Aktionsplan zusammengefasst und anschließend mit allen Beteiligten diskutiert.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wurde von Ministerpräsident Beck auf der CeBIT 2002 gemeinsam mit Innenminister Zuber und Dr. Schwarting als Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände die eGovernment-Initiative „Rheinland-Pfalz 24“ gestartet.

Die öffentliche Verwaltung muss zukünftig ein wachsendes Aufgabenspektrum mit geringer werdenden Ressourcen wahrnehmen. Gleichzeitig verändern sich die Wertschöpfungsketten der Wirtschaft, was entsprechende Veränderungen in der Verwaltung zur Folge hat. Um den Erfordernissen der Unternehmen gerecht zu werden und echte Mehrwerte für die Wirtschaft zu erarbeiten, ist die Orientierung auf ein „branchengetriebenes eGovernment“ erforderlich. Von einer modernen und innovativen Verwaltung wird zukünftig erwartet, dass Anträge jederzeit vom Büro, von Zuhause oder von öffentlichen Terminals übermittelt und Genehmigungen schnell über das Internet eingeholt werden können. eGovernment, die elektronische Verwaltung, ermöglicht 24-stündige Erreichbarkeit und führt damit zu mehr Bürgernähe und zugleich zu Standortvorteilen für die Wirtschaft.

Die internen Verwaltungsabläufe und die Arbeitsbedingungen verändern sich durch eGovernment. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter empfinden die neuen Technologien als deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen; andere sehen darin neue Herausforderungen und Belastungen am Arbeitsplatz. Die Rolle



der Führungskräfte verändert sich ebenfalls durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten. Die Grenzen zwischen verschiedenen Verwaltungen verwischen, wenn die Verwaltungsdienstleistungen über das Internet nachgefragt und abgewickelt werden. Diese grundlegenden Veränderungen der Verwaltung stellen eine besondere Herausforderung der Verwaltungsmodernisierung dar.

Verwaltungsdienste „online“ anzubieten, ist ein unverzichtbares Element von eGovernment. Immer wichtiger werden zukünftig eGovernment-Projekte, bei denen komplexe Verwaltungsprozesse mit der Wertschöpfungsketten der Wirtschaft verknüpft werden. Mehr noch: Es muss gelingen, durch die Veränderung der Geschäftsprozesse in der Verwaltung und der Wirtschaft neue Wertschöpfungsketten zu generieren. Diese Ziele sind derzeit noch nicht erreicht.

Unternehmen wollen schnelle Genehmigungen für die Durchführung ihrer Projekte. Notare, Architekten oder Banken wollen schnell und einfach auf Geoinformationen oder das elektronische Grundbuch beziehungsweise Handelsregister zugreifen können. Der Handel ist an vielfältigen Dienstleistungen interessiert. Für einen Autohändler ist beispielsweise von Interesse, dass er seinen Kunden das Wunschkennzeichen auch an einem Samstag vermitteln kann.

Bei diesen Verfahren und Prozessen geht es nicht alleine um die Architektur einer Internetseite, das Bereitstellen elektronischer Formulare oder das Angebot aller internetfähigen Dienstleistungen. Es geht vielmehr um eine größere Leistungstiefe. Verwaltungsleistungen sollen ohne einen Medienbruch dem Handel, den Unternehmen, den Notaren, Architekten oder Banken interaktiv angeboten werden. Dies ist ein echter Mehrwert, der auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Leistungsfähigkeit deutscher Verwaltungen zentralen Einfluss hat.

Als Basis hierfür ist im Land eine flächendeckende, behördenübergreifende und sichere technische Infrastruktur in der Verwaltung aufgebaut worden:

› **Aufbau des rlp-Netzes**

Rheinland-Pfalz verfügt seit 1996 mit seinem flächendeckenden rlp-Netz über eine breitbandige Datenautobahn, die den schnellen und vor allem sicheren Kommunikationsfluss gewährleistet.

› **Durchführung einer Verwaltungsreform**

Rheinland-Pfalz hat bis zum Jahr 2000 seine Verwaltung grundlegend neu gestaltet: die traditionellen Bezirksregierungen wurden abgeschafft und nach Integration von 30 ehemals selbständigen Sonderbehörden drei Direktionen und das Landesuntersuchungsamt mit funktional gebündelten Aufgabenbereichen errichtet.

› Entscheidung für ein einheitliches Dokumentenmanagementsystem

Komplexe Genehmigungsverfahren können als Workflow nur abgebildet werden, wenn ein leistungsfähiges Dokumentenmanagement-System eingesetzt wird. Rheinland-Pfalz hat sich als eines der ersten Bundesländer entschieden, in der Mittelinstanz ein einheitliches System landesweit einzusetzen und so die maßgebliche Grundlage für eGovernment zu schaffen.

› Einführung der digitalen Signatur

Die Landesregierung hat im April 2002 entschieden, ein einheitliches, chipkarten-gestütztes Signatursystem im Bereich der Landesverwaltung einzuführen.

Mit diesen Maßnahmen hat Rheinland-Pfalz Grundlagen einer durchgehend einheitlichen Infrastruktur für Verwaltungsdienstleistungen geschaffen. Unter anderem auf dieser Grundlage sind eine Reihe von zukunftsweisenden eGovernment-Projekten umgesetzt worden.

Hier sind beispielsweise zu nennen:

- › Das Verwaltungsportal ist Modell für vergleichbare Projekte anderer Länder. Mit dem rlp-Lotsen finden die Bürgerinnen und Bürger online die richtigen Ansprechpartner in den Behörden.
- › Mit RIVAR verfügt die rheinland-pfälzische Polizei über das modernste Dateninformationssystem in Deutschland.
- › eGovernment-Angebote wie das elektronische Grundbuch, das Notaren, Banken, Behörden und Kommunen erhebliche Zeitersparnis bringt, der elektronische Rechtsverkehr beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, über Internet abrufbare Insolvenzbekanntmachungen oder das geplante elektronische Handelsregister bieten einen echten Mehrwert für die Wirtschaft.
- › Der Online-Service des Statistischen Landesamtes ist ein zukunftsorientiertes und bedarfsgerechtes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

	2002	2003	2004
eGovernment-Initiative „Rheinland-Pfalz 24“			
Effizienzsteigerung in der Verwaltung	52.296.573	43.452.308	39.924.628
Neue Bürgerangebote	434.900	352.500	571.000
Neue Angebote für die Wirtschaft	3.235.000	1.443.722	1.582.000
Online-Angebote Landesregierung	1.365.726	1.033.222	1.434.204
Summe	57.322.199	46.281.752	43.511.832

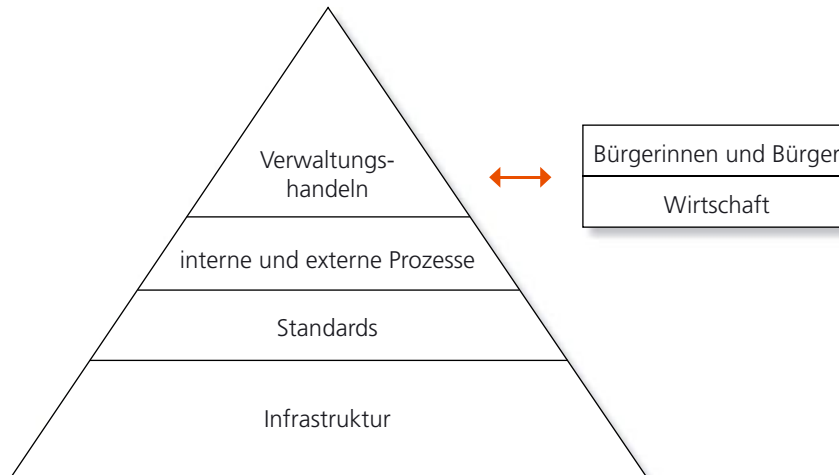


- › Elektronische Steuererklärung und die elektronische Reservierung von Wunschkennzeichen ist landesweit möglich.

Für diese und andere eGovernment-Maßnahmen hat die Landesregierung zwischen 1999 bis 2004 mehr als 250 Mio. Euro aufgewendet. Für die Jahre 2002 bis 2004 setzten sich die Beträge wie folgt zusammen (Siehe Tabelle auf Seite 4).

Vor dem Hintergrund der Ziele von eGovernment und der erheblichen Finanzmittel werden im Aktionsplan eGovernment die bisherigen Ergebnisse zusammengefasst und die zukünftige Strategie beschrieben.

In einer Übersicht sind etwa 100 gegenwärtige eGovernment-Verfahren und -Vorhaben zusammengestellt. Dabei wird aufgezeigt, ob Kosten- und Zeitvorteile, die Qualitätssteigerung von Dienstleistungen zu erwarten sind, und ob die Maßnahmen moderne Personalführung unterstützen oder eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts damit verbunden ist. Diese Zusammenstellung basiert auf einer neu geschaffenen Datenbank, deren Inhalte kontinuierlich fortgeschrieben und im Detail – insbesondere quantifizierbare Vorteile und Aufwendungen – präzisiert werden. Im Mittelpunkt des Aktionsplans steht die strategische Planung von eGovernment für die nächsten Jahre, die sich in Form eines Dreiecks darstellt:





Mit diesem strategischen Ansatz werden die für den Erfolg von eGovernment-Projekten erforderlichen Elemente in einen Zusammenhang gebracht. Neben der Beschreibung von Zielen erfolgt im Aktionsplan hinsichtlich jeder einzelnen Stufe dieses Dreiecks eine Bestandsaufnahme:

- › An der Spitze des Dreiecks steht die Evaluierung des Verwaltungshandelns. Zukünftige eGovernment-Projekte dürfen sich nicht mehr in erster Linie aus den technischen Grundlagen, sondern aus einem vorher definierten Verwaltungshandeln ableiten. Es wird also nicht mehr zentral nach dem „Wie“, sondern nach dem „Warum“ gefragt. Es ist vorgesehen, Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung, die Art und Weise des Verwaltungsablaufs sowie die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen im Wege einer strukturierten Bestandsaufnahme zu analysieren und diese Leistungen dann auf ihre eGovernment-Tauglichkeit zu hinterfragen. Dabei soll das Verwaltungshandeln priorisiert und eine eGovernment-Umsetzung in Abhängigkeit von dem Verhältnis von Nutzen und Aufwand betrieben werden.
- › Bei den internen und externen Prozessen wird danach unterschieden, ob mit eGovernment intern die Effizienz der Verwaltung mittels IT erhöht wird, ob die Serviceangebote der Verwaltung unmittelbar gegenüber Bürgerinnen, Bürgern und Wirtschaft durch Online-Angebote (z.B. durch Informationen

und Angebote im Internet) verbessert oder ob Verwaltungsprozesse verändert (z. B. Veränderung von Genehmigungsverfahren) werden. Hierzu gibt es in Rheinland-Pfalz eine Vielzahl guter Beispiele. Der Aktionsplan enthält eine qualifizierte und transparente Übersicht aller realisierten und geplanten eGovernment-Projekte.

- › Auf der Ebene der Standards werden die vielfältigen Ziele der Standardisierung beschrieben; es zeigt sich, dass die Standardisierung ein unverzichtbares Mittel bei der Erstellung von eGovernment-Verfahren ist, das nicht nur zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verfahrensentwicklung beiträgt, sondern vielfach die Verfahrensentwicklung erst ermöglicht.
- › Hinsichtlich der Infrastruktur wird beschrieben, welche neuen Möglichkeiten für eGovernment sich durch das neue rlp-Netz ergeben. In dieser Ebene der Pyramide erweist sich, dass die hohen Investitionen der letzten Jahre gut angelegt sind. Rheinland-Pfalz verfügt unter den Ländern über eine der leistungsstärksten Infrastrukturen.

Diese strategischen Elemente des „rlp-Dreiecks“ werden im Aktionsplan abgerundet mit Ausführungen, wie zentrale technische Funktionalitäten gewährleistet werden sollen. Weiterhin ist die Zusammenarbeit mit dem kommunalen Bereich und dem Bund angesprochen. Hintergrund hierfür ist der Zusammenhang, dass



eGovernment-Projekte in der Zukunft nur noch dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn Bund, Land und Kommunen zusammenarbeiten. Dies setzt in der Landesverwaltung eine schlagkräftige Organisation voraus. Durch die Gründung des Landesbetriebs Daten und Information (LDI) als technisches Kompetenzzentrum und der BKSt im Ministerium des Innern und für Sport mit Controllingaufgaben für ressortübergreifende IT-Projekte ist der Weg für eine effektive Organisation eingeleitet worden. Eine erfolgreiche Umsetzung von eGovernment erfordert eine strukturelle Weiterentwicklung der ressortinternen und ressortübergreifenden Aufbau- und Ablauforganisation. Die hierfür notwendigen Maßnahmen sieht der Aktionsplan vor.

1. Vorbemerkung, Ausgangslage

Vorbemerkung, Ausgangslage

Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die Anpassung an geänderte Aufgabenstellungen und Rahmenbedingungen ist ein ständiger Prozess. Das so genannte „Electronic Government“ („eGovernment“) bildet dabei einen wesentlichen Schwerpunkt. eGovernment beschreibt folgenden Sachverhalt :

„Electronic Government (eGovernment) bezeichnet die Abwicklung geschäftlicher Prozesse der öffentlichen Verwaltung im Zusammenhang mit dem Regieren und Verwalten mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft beziehungsweise verwaltungsinterner Kommunikationspartner an den Geschäftsprozessen.“

Aus dieser Beschreibung wird deutlich, dass eine Fokussierung auf technische Belange bei der Umsetzung von eGovernment in eine Sackgasse führt. eGovernment beinhaltet die Neugestaltung aller Komponenten des Verwaltungshandelns und ist nicht durch einseitig ausgerichtete Aktionen umsetzbar; sie muss durch ein umfassend abgestimmtes Zusammenwirken von Infrastruktur- und Fachverfahren verwirklicht werden. Ebenso unzulänglich ist eine Reduktion auf die Belange der öffentlichen Verwaltung; die Bedarfe

und Ressourcen der Klienten der Verwaltung sind in die Ausgestaltung von eGovernment von Anfang an einzubeziehen. Schließlich ist ein Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund wurde bei der Besprechung der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 18. Dezember 2003 in Berlin folgender Beschluss gefasst:

1. Die Regierungschefs von Bund und Ländern nehmen den vom „Arbeitskreis der Staatssekretäre für eGovernment in Bund und Ländern“ vorgelegten Bericht zur Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen bei Deutschland-Online zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Regierungschefs von Bund und Ländern begrüßen die Fortschritte bei der ebenenübergreifenden Zusammenarbeit im eGovernment und bitten den Arbeitskreis, die ausgewählten Vorhaben zügig und mit unmittelbarem Nutzen für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft weiter voranzutreiben.
3. Die Regierungschefs von Bund und Ländern sind sich bewusst, dass eGovernment-Innovation personeller und finanzieller Ressourcen bedarf und bitten daher die Fachministerkonferenzen, die Umsetzung von Deutschland-Online im Rahmen ihrer Zuständigkeiten personell und finanziell sicherzustellen.

Mit diesem Beschluss wurde die Grundlage für eine integrative eGovernment-Strategie gelegt. Diese geht davon aus, dass gegenüber früheren Phasen der Automation heute mit den modernen Informations- und Kommunikationstechniken, insbesondere dem Internet und seinen Techniken, die Möglichkeit besteht, Geschäftspartner der Verwaltung an Verwaltungsprozessen teilnehmen zu lassen. eGovernment bildet auf elektronischem Wege folgende Stufen der Zusammenarbeit ab:

- › Information,
- › Kommunikation,
- › Transaktion und
- › Partizipation

Sie führt zu einer neuen Qualität der Gestaltung von Verwaltungsabläufen. Bei einer Neugestaltung müssen Verwaltungsprozesse deutlich umfassender und grundlegender als bisher unter fachlichen, organisatorischen, kommunikativen, technischen und rechtlichen – auch datenschutzrechtlichen – Aspekten überarbeitet werden.

Essentielle Bestandteile der Verwirklichung von eGovernment sind deswegen

- › die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in die elektronische Abwicklung von Verwaltungsleistungen,

- › die Analyse der Verwaltungsabläufe unter den Aspekten der Wirtschaftlichkeit, der Kundenorientierung, der Effizienz und der Vorteilhaftigkeit,
- › die grundlegende organisatorische Überarbeitung der eGovernmentfähigen und -würdigen Verwaltungsverfahren,
- › die Beseitigung rechtlicher, organisatorischer oder verfahrensmäßiger Hemmnisse für die elektronische Abwicklung von Verwaltungsabläufen sowie
- › die Bereitstellung standardisierter, interoperabler Techniken und Verfahren für die Kommunikation zwischen Behörden und ihren Klienten.

Unverzichtbare Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung von eGovernment ist somit die Fähigkeit zu interdisziplinärer behörden- und körperschaftsübergreifender sowie die Partner der Verwaltung einbeziehender Zusammenarbeit: eGovernment kann nicht nur intern und auch nicht alleine durch technische Maßnahmen verwirklicht werden.

Dieser Aktionsplan soll als Bestandsaufnahme bisherige Ergebnisse sowie sichtbare Handlungsbedarfe und weitere Perspektiven aufzeigen.



2. Ziele und Grundsätze

So bleibt Rheinland-Pfalz vorn

Multimediapolitik ist Chefsache in Rheinland-Pfalz. Denn eGovernment ermöglicht günstigere, leichter zugängliche und schnellere Verwaltungsleistungen. eGovernment macht den Weg frei für einen unkomplizierteren Arbeitsablauf. Mehrwert für die Wirtschaft, Service für die Bürgerinnen und Bürger und Effizienz für die Verwaltung – so lauten die Grundmaximen für alle eGovernment-Lösungen in Rheinland-Pfalz. Auf diese Weise wird eGovernment zu einem wichtigen Faktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort.



Ministerpräsident Kurt Beck und die Landesregierung wollen Rheinland-Pfalz auch weiterhin innovativ und fortschrittlich in die Zukunft führen und so dessen Wettbewerbsfähigkeit sichern und verstärken. Erfolgreiches eGovernment in Rheinland-Pfalz, das ist zum Beispiel das Erfolgs-Projekt „Insolvenzverfahren online“ oder das bundesweit modernste System zur Erledigung melderechtlicher Aufgaben, das Rheinland-Pfalz vor knapp zwei Jahren landesweit eingeführt hat: eGovernment hilft nun, die Mehrzahl meldebehördlichen Aufgaben „vor Ort“ zu erledigen.

Was bringt die Zukunft? Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wird eGovernment mit Hilfe von Partnern wie den Regionen, den Hochschulen und den Unternehmen weiter entwickeln. Dafür gibt es feste Richtlinien: Die Gesetze zum Datenschutz werden strikt eingehalten. Bei aller Nützlichkeit muss immer beachtet werden, dass neue Verfahrensweisen nur dann erfolgreich sind, wenn alle Beteiligten auch von ihrem Nutzen überzeugt sind. Sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung müssen die Vorteile von eGovernment klar sein. Bei aller Sparsamkeit hat bei neuen Projekten der Gesamtnutzen Vorrang vor einzelnen Rationalisierungseffekten.

Und schließlich: Der ausdrücklichen Bitte von Bürgerinnen und Bürgern um nicht-elektronische – „papierene“ – Formulare und Dienstleistungen wird immer Folge geleistet werden, denn eGovernment soll niemanden ausschließen.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

2. Ziele und Grundsätze

Ziele und Grundsätze

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck an der Spitze setzt konsequent auf Innovation und Fortschritt, denn sie ist überzeugt, dass nur so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Rheinland-Pfalz nachhaltig gesichert werden kann. Bei diesem Innovationsprozess spielt die Informationstechnologie eine entscheidende Rolle.

In Rheinland-Pfalz ist der Ausbau und die Fortentwicklung der Verwaltung mit Hilfe der gezielten Anwendung der Informationstechnologien ein Schwerpunkt der Multimediapolitik. Denn eGovernment ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung weist eindeutig nach, dass Innovation durch eGovernment und Service-Center Unternehmen anzieht. Deshalb will die Landesregierung Rheinland-Pfalz zum Schrittmacher bei modernen eGovernment-Anwendungen machen. Ziel ist es, durch den Prozess der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung den gesamten Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken und voranzubringen. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung hat eGovernment im Land daher einen hohen Stellenwert.

Die Entwicklung von eGovernment ist in Rheinland-Pfalz konsequent darauf ausgerichtet, Nutzen für Verwaltung, Bürger und Wirtschaft zu erzielen. Dieser besteht darin,

- › Verwaltungsleistungen elektronisch unterstützt günstiger zu erbringen,
- › Verwaltungsleistungen auf elektronischem Wege leichter zugänglich zu machen,
- › die medienbruchfreie Verarbeitung elektronisch übermittelter Informationen einen effizienteren Arbeitsablauf zu ermöglichen,
- › Verwaltungsleistungen zeitnah den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen bereit zu stellen oder
- › neue Wertschöpfungsketten in den Wirtschaftsunternehmen oder der Verwaltung zu generieren.

Ein Beispiel für diese Effekte ist das Verfahren „Insolvenzverfahren online“: Mit ihm stehen gerichtliche Entscheidungen in Insolvenzverfahren nunmehr allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zeitnah und unabhängig von Veröffentlichungsterminen des Staatsanzeigers zur Verfügung. Gleichzeitig sind die Kosten einer Veröffentlichung von ca. 40 bis 50 € auf etwa 1 € gesunken. Diese Einsparung erhöht die Befriedigungsquote der Gläubiger oder entlastet den Fiskus. Durch die elektronische Erstellung und Übermittlungen der Bekanntmachungen werden die Arbeitsabläufe in den Gerichten erheblich vereinfacht und beschleunigt; Postversand, Verwaltung der Veröffentlichungsbelege und komplizierte Abrechnungen entfallen.



Dies erfährt bundesweit Anerkennung. Eine Studie im Auftrag der Deutschen Telekom hat ergeben, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittlich gut abschneidet. Das kommt nicht von ungefähr, denn „Rheinland-Pfalz 24 - Verwaltung rund um die Uhr“ ist ein Schwerpunkt der Multimediapolitik des Landes. Und das aus gutem Grund: eGovernment gehört heute zu den Schlüsselherausforderungen für Verwaltung und Politik. Die sinnvolle Fortentwicklung wird zukünftig ein entscheidendes Element für die Qualität des Wirtschaftsstandortes sein. Mit RIVAR hat Rheinland-Pfalz das modernste Polizeidateninformationssystem in Deutschland. Viele Unternehmen wissen, dass sie in Landeseinrichtungen und auch kommunalen Einrichtungen gute und für Weiterentwicklungen offene Ansprechpartner finden.

Modellcharakter hat auch das Pilotprojekt zum elektronischen Rechtsverkehr am Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, das ein Signal für eine deutliche Effizienzsteigerung in der Justiz gibt. Klageerhebung per eMail, Akteneinsicht über das Internet und Kontrolle des aktuellen Verfahrensstandes, all das ist dort möglich. Die Resonanz ist groß. Zahlreiche Rechtsanwälte beteiligen sich an dem Verfahren, bei dem die einfache Handhabung und der hohe Sicherheitsstandard zentrale Elemente sind. Die Vorteile für alle Beteiligten liegen auf der Hand: Dem geringen Aufwand für die Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr stehen vielfältige Vorteile gegenüber. Rechtsanwälte, Behörden und Unternehmen werden

unabhängig von Post und Botendienst. Das spart nicht nur Zeit und Geld, sondern hilft gleichzeitig, Fristen einzuhalten. Terminabsprachen mit Beteiligten, Sachverständigen, Dolmetschern und Kollegen sowie Abstimmungen zur Vorbereitung von Erörterungsterminen und dergleichen sind problemlos und kurzfristig möglich.

Ein weiteres Beispiel für erfolgreiches eGovernment ist das rheinland-pfälzische Verwaltungsportal, das Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft schnell und einfach den richtigen Weg zu den verschiedensten Dienststellen und Dienstleistungen weist. Die rheinland-pfälzische Entwicklung ist auch Grundlage des bundesweiten Portals. Die technischen Entwicklungen bieten neue Chancen für bessere und effizientere Dienstleistungen der Verwaltungen. Das heißt aber nicht, dass alles was machbar ist automatisch ökonomisch Sinn macht. Deshalb werden im Vorfeld Kosten und Nutzen sorgfältig abgewogen und die knappen Ressourcen gezielt eingesetzt. Die Grundmaxime für alle eGovernment-Lösungen heißt: Mehrwert für die Wirtschaft, Service für die Bürgerinnen und Bürger und Effizienz für die Verwaltung.

In enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland Pfalz, dem Städtetag Rheinland-Pfalz und dem Land wurde im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit einem Aufwand von etwa 17 Mio. Euro, ein modernes EDV-Verfahren zur Erledigung der meldebehördlichen Aufgaben entwickelt. Nach Abschluss

einer etwa vierjährigen Planungs- und Entwicklungszeit ist zum 1. April 2003 bei allen Meldebehörden in Rheinland-Pfalz das neue Verfahren in Betrieb genommen worden.

Im Gegensatz zu dem bisherigen zentralen EDV-System steht nun den 212 Meldebehörden ein eigenes Verfahren zur Verfügung stehen, mit dem sie die Mehrzahl der meldebehördlichen Aufgaben „vor Ort“ erledigen können. Das dem EWOISneu zu Grunde liegende Basisverfahren MESO wird inzwischen bundesweit bei etwa 1700 Kommunalverwaltungen eingesetzt.

Neben dem dezentralen Verfahren werden eine Reihe von meldebehördlichen Aufgaben, wie beispielsweise die regelmäßige Übermittlung von Änderungsdaten an das Kraftfahrtbundesamt, die Bundesanstalt für Arbeit oder die Rentenstelle der Post für alle Meldebehörden zentral erledigt. Hierfür ist das Integrationssystem entwickelt worden. Im gemeinsamen Interesse des Landes und der kommunalen Seite wird ein landesweiter Bestand mit Grunddaten aus dem Melderegister im so genannten Informationssystem zur Verfügung gestellt, um insbesondere der Polizei, der Finanzverwaltung und anderen berechtigten Stellen den automatisierten Abruf von aktuellen Meldedaten zu ermöglichen, ohne dass sich diese mit Einzelauskunftersuchen an die örtlich zuständigen Meldebehörden wenden müssen. Im Rahmen des bisher weitgehend problemlosen praktischen Betriebs hat sich bestätigt, dass Rheinland-Pfalz mit der Neuordnung des Meldewesens über das bundesweit modernste

Verfahren zur Erledigung melderechtlicher Aufgaben verfügt und sich die enge Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen sehr positiv ausgewirkt hat.

Dass Anwendungen aus Rheinland-Pfalz häufig über die Landesgrenzen hinaus Beachtung finden, ist in der klaren Strategie begründet: Multimediapolitik ist Chefsache in Rheinland-Pfalz. Im Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie treffen sich Staatssekretäre aller Ressorts regelmäßig zur Koordination und Vernetzung sämtlicher Multimediaaktivitäten der Landesregierung. Diese Konstruktion ist einmalig in Deutschland. So ist sichergestellt, dass alle Ressorts die Multimediapolitik gemeinsam gestalten. Das Ergebnis ist eine stringent aufgebaute Gesamtstrategie aus einem Guss, ausgerichtet auf die Weiterentwicklung des Landes in der Informationsgesellschaft.

Rheinland-Pfalz hat früher als andere die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und engagiert in die neuen Technologien investiert. Schon Anfang der 90er Jahre ist die klare Entscheidung für den Auf- und Ausbau des Medienstandorts gefallen. Darauf wird kontinuierlich weiter aufgebaut. Diese Anstrengungen sind kein Selbstzweck. Immer wieder wird der konkrete Nutzen für alle Beteiligten hinterfragt.



Das bisher Geleistete ist eine solide Basis, die kontinuierlich ausgebaut werden soll. Die Landesregierung wird weiter engagiert in die Entwicklung des Medienstandorts investieren. Das allerdings wird sie nicht alleine tun. Sie braucht als Partner die Regionen, die Hochschulen, die Forschung und die Unternehmen. Grundlage der künftigen Entwicklung von eGovernment in Rheinland-Pfalz ist es,

- › Nutzenpotentiale elektronisch erbrachter Verwaltungsleistungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu identifizieren,
- › Realisierungsmöglichkeiten in Kooperation mit den Partnern der Verwaltung zu erarbeiten und zu bewerten,
- › angepasste Finanzierungs- und Geschäftsmodelle zu entwickeln und
- › die technische Infrastruktur im Hinblick auf leistungsfähige Produktionsressourcen, weitestgehende Interoperabilität und effiziente Produktentwicklung zeitgerecht und bedarfsorientiert fortzuentwickeln.

Hierbei werden stets sowohl die für die fachlichen, organisatorischen und technischen Belange zuständigen Bereiche als auch gleichermaßen alle betroffenen verwaltungsinternen und -externen Stellen zusammenwirken müssen.

Eine Umsetzung von eGovernment ist ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Privatwirtschaft nicht realisierbar. Neue Verfahrensweisen werden nur dann Akzeptanz finden, wenn auch auf Seiten der Abnehmer von Verwaltungsleistungen die Vorteilhaftigkeit der neuen Verfahrensweisen sichtbar und spürbar werden. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen ein bedeutender Bestandteil der Verwirklichung von eGovernment in Rheinland-Pfalz.

In gleichem Maße muss der Nutzen neuer Verwaltungsverfahren auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung erfahrbar sein. Die Verwaltungen müssen dafür Sorge tragen, dass alle mit der Verwirklichung von eGovernment befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dessen Entwicklung einbezogen und für die neuen Aufgaben hinreichend ausgebildet werden.

Die notwendige Fähigkeit zur Kommunikation und Interoperabilität erfordert, bisherige Zersplitterungen und Insellösungen zu überwinden und Kooperationen zu fördern. Dies bedeutet nicht den Verzicht auf Eigenständigkeit, sondern die Vereinbarung und Einhaltung interoperabler Standards. Sofern sachlich, wirtschaftlich oder technisch vorteilhaft, sollen darüber hinaus Lösungen in Kooperation mit Partnerverwaltungen oder der Privatwirtschaft erarbeitet und betrieben werden.



eGovernment-Vorhaben sind nur dann umsetzungswürdig, wenn sie – unabhängig von gegenwärtigen technischen Machbarkeiten, jedoch unter Beachtung abzusehender Entwicklungen – nachweisbar Nutzen erbringen. Dabei besitzt der Gesamtnutzen Vorrang vor einzelnen Rationalisierungseffekten. Unter Beachtung dieser Vorgaben sind bei der Verwirklichung des eGovernment alle erkennbaren Einsparpotentiale zu nutzen.

Der Vorrang des Gesamtnutzens beinhaltet, dass Verwaltungsdienstleistungen immer dann, wenn sie nachgefragt werden, auch weiterhin auf konventionellem, nicht-elektronischen Wege zugänglich sein müssen. Die Umsetzung von eGovernment darf nicht zur Ausgrenzung Einzelner von der Erreichbarkeit von Verwaltungsleistungen führen. Bedingung der Umsetzung von eGovernment ist daher,

- › den Bürgerinnen und Bürgern, die keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zu elektronischen Medien haben, Verwaltungsleistungen auf angemessene andere Weise verfügbar zu machen und
- › den Zugang zu elektronischen Dienstleistungen – soweit gewünscht und machbar – zu ermöglichen.

eGovernment ist mit einer neuen Qualität des Datenaustauschs verbunden. Deshalb ist bei der Einführung solcher Verfahren streng auf die Gewährleistung der datenschutzrechtlichen Belange zu achten.

Die Umsetzung von eGovernment ist ein langwieriger Prozess, der ein schrittweises und fundiertes Vorgehen erfordert. Vorhaben mit möglichen Rückwirkungen auf die eGovernment-Struktur der Landesverwaltung bedürfen daher stets der rechtzeitigen Abstimmung mit den für diese Struktur zuständigen Stellen.



3. Zwischenbilanz

Zwischenbilanz

Rheinland-Pfalz hat die Chancen von eGovernment frühzeitig erkannt und eGovernment als Instrument für Effizienzsteigerung in der Verwaltung und neuen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft genutzt. So war Rheinland-Pfalz das erste Land, das

- › die eGovernment-Projekte und die Strategie in einem Aktionsplan zusammengefasst,
- › eine landesweite eGovernment-Kommunikationsplattform für Politik, Verwaltung, Hochschulen und Wirtschaft aufgebaut,
- › Informationen online in einem Landesportal mit Frame-Technik angeboten,
- › einen Behördenwegweiser und ein Verwaltungsportal entwickelt und den Bürgerinnen und Bürgern online zur Verfügung gestellt,
- › mit dem rlp-Netz eine Datenautobahn bis zu den Gemeinden aufgebaut,
- › die Verwaltung umfassend neu organisiert und fit für eGovernment gemacht,
- › die Einführung der digitalen Signatur im Ministerrat beschlossen,

- › die Einführung von Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystemen als strategisches Thema erkannt und ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren für die Landesverwaltung durchgeführt,
- › den branchenorientierten Ansatz von eGovernment verwirklicht hat.

Unter anderem vor diesem Hintergrund hat die Unternehmensberatung Detecon in ihrer Studie „Benchmark eBürgerdienste“ festgestellt, dass Rheinland-Pfalz im innerdeutschen eGovernment-Vergleich einen Platz in der Spitzengruppe (Platz 4 von 16 Bundesländern). belegt Vor Rheinland-Pfalz liegen die Bundesländer Baden-Württemberg (Platz 1), Bremen und Berlin.

In den Einzelbewertungen der eGovernment-Angebote erzielt Rheinland-Pfalz folgendes Ergebnis (Auswahl):

- › Government to Consumer (Bürgerinnen und Bürger): Angebotene und geplante Dienste: Rheinland-Pfalz belegt den achten Platz und hat Stärken insbesondere im Bereich der elektronischen Steuererklärung und Autoregistrierung
- › Government to Business (Wirtschaft): Angebotene und geplante Dienste: Erster Platz für Rheinland-Pfalz durch Angebote bei Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und sonstige Dienstleistungen

- › Rechtliche Voraussetzungen für eGovernment-Dienstleistungen: Bei der elektronischen Signatur werden Pilotprojekte durchgeführt und die Anpassung der Verwaltungsvorschriften ist weit vorangeschritten. Insgesamt belegt Rheinland-Pfalz somit den sechsten Platz in dieser Kategorie
- › Government to Government (Verwaltungen untereinander): Infrastruktur: Rheinland-Pfalz belegt den vierten Platz vor dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Ausschlaggebend für diese gute Bewertung war u.a. das rlp-Netz, das eine gute Vernetzung von Landesbehörden ermöglicht

Auch die von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführte Studie „Balanced eGovernment – Transfer von Innovation“ bescheinigt Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz insbesondere bei der Bekanntheit der politischen Initiativen.



3.1. Gegenwärtige eGovernment-Verfahren und -Vorhaben

3.1.1. Landesverwaltung

3.1.2. Kommunale Verwaltungen

Vorsprung durch Know-how

In einer Datenbank sammelt das Ministerium des Innern und für Sport eGovernment-Projekte aller Ressorts. Diese Datenbank, die „online“ von den rheinland-pfälzischen Landesbehörden eingesehen werden kann, unterscheidet zwischen geplanten Vorhaben und einsatzbereiten Verfahren. Ein gutes Beispiel für ein zur Zeit bereits sehr erfolgreich genutztes eGovernment-Verfahren der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung ist der „elektronische Rechtsverkehr“: Schriftsätze, Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsgerichte in Rheinland-Pfalz werden dabei sehr schnell per Internet zugestellt, sodass eine „elektronische Akte“ entsteht. Auf diese Weise können sich alle Beteiligten online sofort und zeitsparend über den Stand ihres Verfahrens informieren. Das Land Rheinland-Pfalz ist hier in der Vorreiterrolle, das Projekt ist bundesweit auf großes Interesse gestoßen.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

3.1 Gegenwärtige eGovernment-Verfahren und -Vorhaben

Gegenwärtige eGovernment-Verfahren und -Vorhaben

Das ISM hat in einer aktuellen Umfrage eGovernment-Projekte der Ressorts erhoben und in einer Datenbank erfasst. Dieser Informationsbestand ist Grundlage für künftige kontinuierliche Fortschreibungen und steht allen Behörden zur Auswertung sowohl für planerische als auch für operative Zwecke „online“ zur Verfügung.

Bei der Erhebung wird zwischen

- › Projekten und
- › Lösungen/Anwendungen unterschieden.

Projekte sind „Vorhaben“, die sich in einem Planungs- bzw. Erstellungsstadium (also nicht im Einsatz) befinden. Lösungen/Anwendungen sind betriebsbereite bzw. in Betrieb befindliche Ergebnisse erfolgreich abgeschlossener Projekte einsetzbare „Verfahren“).

Die gegenwärtig geplanten oder realisierten eGovernment-Verfahren sind mit ihren wesentlichen Merkmalen in den beiliegenden Übersichten zusammengestellt ²

3.1.1 Landesverwaltung

In der als Anlage 1 beigefügten tabellarischen Übersicht sind die gegenwärtigen eGovernment-Verfahren beziehungsweise -Vorhaben der Landesverwaltung zusammengestellt.

Beispielhaft soll an dieser Stelle als ein im Einsatz befindliches eGovernment-Verfahren das Verfahren Elektronischer Rechtsverkehr skizziert werden:

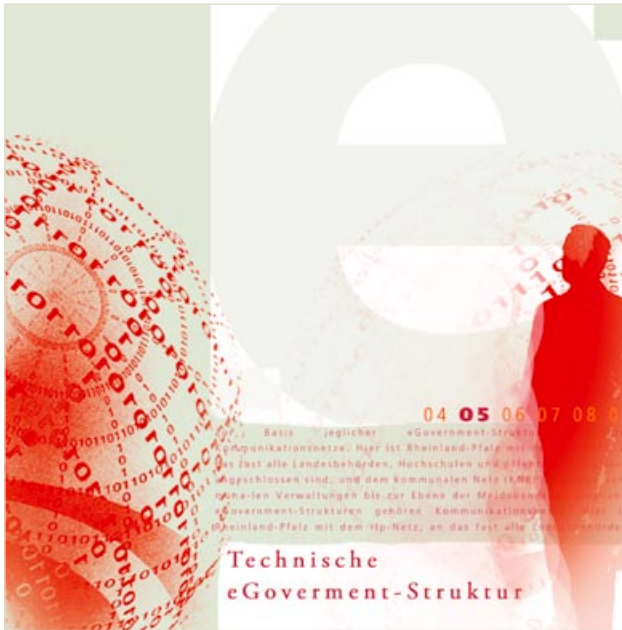
Das Verfahren „Elektronischer Rechtsverkehr bei dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz“ ermöglicht die umfassende elektronische Kommunikation und Information in verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Insbesondere Schriftsätze und deren Anlagen können auf elektronischem Wege bei Gericht rechtswirksam eingereicht und vom Gericht – einschließlich der Entscheidungen – an die Verfahrensbeteiligten übermittelt werden. Die eingehenden elektronischen Dokumente werden gerichtsintern automatisiert an die einzelnen Bearbeiter weitergeleitet. Diese erstellen ihre Anordnungen und Verfügungen ebenfalls in elektronischer Form, so dass eine elektronische Akte entsteht. Diese umfassende elektronische Bearbeitung ermöglicht es, dass sich die Verfahrensbeteiligten künftig auf elektronischem Wege über Verfahrensstände informieren und Einsicht in die (elektronische) Gerichtsakte nehmen können.



Der elektronische Rechtsverkehr wird bereits jetzt von einer Vielzahl der Verfahrensbeteiligten genutzt. Auch ist das Pilotprojekt nach dem Betriebsbeginn am 5. Februar 2004 sowie nach der Präsentation auf der CeBIT 2004 bundesweit auf sehr großes Interesse gestoßen. Die Ziele des Projekts werden im ständigen Dialog zwischen Oberverwaltungsgericht und der Forschungsgruppe Verwaltungsinformatik der Universität Koblenz-Landau verwirklicht.

3.1.2 Kommunale Verwaltungen

Die seitens des ISM initiierte Erhebung zu eGovernment-Verfahren und –Vorhaben im kommunalen Bereich ist noch nicht abgeschlossen. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden sind Bestrebungen für eine möglichst umfassende Kooperation zwischen Land und Kommunen im Gange.



3.2 Technische eGovernment-Struktur

Wissen zählt sich aus

Reibungslos funktionierende Kommunikationsnetze machen eGovernment möglich. Da der Landesbetrieb Daten und Information (LDI) das Rheinland-Pfalz-Netz (rlp-Netz) und das kommunale Netz KNRP (kommunale Verwaltungen) gekoppelt hat, besitzt Rheinland-Pfalz eine glänzende, bundesweit einzigartige Ausgangslage zur künftigen Umsetzung von eGovernment.

Eine der Kernkompetenzen des LDI ist sicherlich das zentrale Netzmanagement, eine weitere die „Wächterfunktion“, die der LDI für die Sicherheit des rlp-Netzes wahrnimmt. Kostengünstig konnten folgende Anforderungen erfüllt werden: moderne Technik, hohe Betriebssicherheit, Verfügbarkeit und verlässliche Verschlüsselung. Das heutige Netz ermöglicht bereits jetzt zentralen Virenschutz, Verzeichnisdienste, Postverteilung, Verbindung von Telefonanlagen, Datentransport und vieles mehr.

Ein großes Ziel von Land, Kommunen und T-Systems, die 2003 einen Partnervertrag vereinbart haben, ist die Verbreitung der „qualifizierten Signatur“. Diese elektronische Unterschrift ist rechtlich der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt. Auch hierfür muss landesweit ein einheitlicher technischer Standard etabliert werden. Die Einführung der „elektronischen Akte“ ist ein wichtiges Element der bürgernahen Verwaltung. Die elektronisch unter-



stützte und gesteuerte Vorgangsbearbeitung erlaubt verschiedenen Bearbeitern und Behörden das effektive gleichzeitige Arbeiten am selben Vorgang.

Unter www.verwaltung.rlp.de findet sich mit dem Verwaltungsportal ein weiterer elementarer Baustein für eGovernment in Rheinland-Pfalz. Das Portal bündelt behördliche Informationen und bietet zentralen Zugang zu allen Serviceleistungen der Verwaltung. Wissenswertes zu rund 600 Landesbehörden und allen Kommunalverwaltungen wird dort präsentiert.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

3.2 Technische eGovernment-Struktur

Technische eGovernment-Struktur

Zur Basis jeglicher eGovernment-Strukturen gehören Kommunikationsnetze. Hier ist Rheinland-Pfalz mit dem rlp-Netz, an das fast alle Landesbehörden, Hochschulen und öffentlichen Institute angeschlossen sind, und dem kommunalen Netz (KNRP), das alle kommunalen Verwaltungen bis zur Ebene der Meldebehörden verbindet, hervorragend positioniert.

Mit der Kopplung dieser Netze im Landesbetrieb Daten und Information (LDI) besitzt Rheinland-Pfalz eine bundesweit einzigartige Ausgangsposition zur Umsetzung von eGovernment-Verfahren.

Das vom LDI im Auftrag des Landes aufgebaute integrierte Netz ist eine der wichtigsten technischen Basisinfrastrukturen für die Kommunikation der staatlichen und anderen öffentlichen Stellen in Rheinland-Pfalz. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Sicherheit, Vertraulichkeit und Integrität der zwischen den Teilnehmern ausgetauschten Daten zu.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat wiederholt das Erfordernis eines einheitlichen Managements sämtlicher aktiver Komponenten (einschließlich der Netzübergänge/Firewalls) durch eine öffentlich-rechtliche Stelle bekräftigt, damit diesem Sicherheits-

bedarf Rechnung getragen wird. Diese „Wächterfunktion“ wird im Land Rheinland-Pfalz durch den LDI – auch für den kommunalen Bereich – wahrgenommen. Die Konzentration der Wächterfunktion für dieses integrierte Netz in einer einzigen Organisation erhöht die Sicherheit erheblich und reduziert die Kosten.

So nimmt der LDI auch einige Aufgaben für das Kommunalnetz wahr: Er betreibt eine zentrale Schutzeinrichtung (Wächterfirewall), mit der die Zugriffe des technischen Netzbetreibers in das Kommunalnetz verhindert werden. Zudem verwaltet er die Schlüssel der Verschlüsselungsgeräte. Schließlich stellt der LDI die Übergänge zwischen dem staatlichen rlp-Netz und dem kommunalen KNRP bereit. Hiermit ist es gelungen, staatliche und kommunale Interessen zu vereinen und darüber hinaus die Kommunikationsbeziehungen aller Verwaltungen sicher zu stellen.

Der LDI organisiert mit Hilfe des zentralen Netzmanagements alle im rlp-Netz integrierten Kommunikationskanäle und -beziehungen. Das zentrale Netzmanagement gehört zu den Kernkompetenzen des LDI. In den vergangenen Jahren wurde hier wertvolles und gegebenenfalls nur schwer reproduzierbares Know-how aufgebaut.

Im Mittelpunkt steht dabei die Bereitstellung einer technisch modernen, zuverlässigen und integrierbaren Basisinfrastruktur für

die Kommunikation auf der gesamten Landesebene, die zudem den Datenschutz- und Datensicherheitserfordernissen im höchsten Maße gerecht wird. Das führt im Land Rheinland-Pfalz zur kostengünstigen Erfüllung folgender Anforderungen:

- › Einsatz moderner hoch performanter Techniken,
- › hohe Betriebssicherheit und Verfügbarkeit,
- › Sicherstellung der Anforderungen des Datenschutzes, (z. B. komplette Ende-zu-Ende-Verschlüsselung),
- › Berücksichtigung abgestufter Anforderungen (Flexibilität) und
- › flexible Reaktionsmöglichkeit bei technischen Innovationen.

So werden im heutigen Netz bereits folgende typische Dienste zur Verfügung gestellt:

- › Verzeichnisdienste, Postverteilung, zentraler Virenschutz,
- › verbindungsorientierte Verschlüsselung,
- › Netzübergänge mit Firewallschutz,
- › Netzüberwachung und Betrieb von logischen Teilnetzen (VPN),
- › Verbindung von Telefonanlagen,
- › Priorisierungsmöglichkeiten im Verwaltungs- und Kommunalnetz (VPN/E) und
- › Datentransport, Datenabgleich und Datensicherung zwischen Verwaltungsanwendungen.

Elektronische Signatur

Die elektronische Unterschrift – als „qualifizierte“ Signatur – ist in der rechtlichen Wirkung der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt. Damit ist die Nutzbarmachung elektronischer Signaturen eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung von eGovernment. Der Ministerrat hat mit seinen Beschlüssen vom 20. März 2001 und 9. April 2002 die Grundlagen für die Einführung der elektronischen Signatur in der Landesverwaltung gelegt. Der LDI hat in einem ersten Schritt die Funktionen eines Trust-Center für die Landesverwaltung übernommen und eine Signatur- und Verschlüsselungslösung der Stufe „fortgeschrittene Signatur“ angeboten. Hierdurch wurde das Verfahren IRMA mit einer sicheren Kommunikationsstruktur ausgestattet, in der zunächst die „fortgeschrittene“ elektronische Signatur zur Anwendung kam.

Der folgende Übergang zur „qualifizierten Signatur“ war von Anfang an Bestandteil der Planungen. Mit der fortschreitenden Umsetzung von eGovernment-Vorhaben verstärkte sich im staatlichen, besonders aber im kommunalen Bereich jedoch kurzfristig der Bedarf an „qualifizierten“ Signaturen. Im Dezember 2003 haben sich deshalb das Land, die Kommunen und T-Systems im Rahmen eines Partnervertrages zusammengeschlossen, um diese Aufgabenstellungen gemeinsam anzugehen. Dieses gemeinsame Vorgehen von Land und Kommunen bei der Einführung einer einheitlichen Infrastruktur für die qualifizierte Signatur erschließt



viele Synergieeffekte, die sich in niedrigen Kosten und bequemen Registrierungsmöglichkeiten für die Bedarfsträger auszeichnen. Ziel der Vereinbarung ist es, unter Beachtung der vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Vorschriften

- › ein Konsortium LDI/T-Systems als technischen Partner der landesweiten Signatur-Initiative zu bilden,
- › die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft durch ein flächendeckendes Ausgabernetz für Signaturkarten in die Lage zu versetzen, elektronische Prozesse mit elektronischer Unterschrift rechtssicher abzuwickeln,
- › einen einheitlichen technischen Standard für Rheinland-Pfalz zu etablieren, um darauf aufbauend effizient und kostengünstig Softwareprodukte entwickeln zu können und
- › elektronische Verwaltungsverfahren bereit zu stellen, die rechtssichere elektronische Prozesse ermöglichen und Verwaltungs- und Vertragsabläufe optimieren.

Der IKT-Ausschuss billigte Ende vergangenen Jahres den eingeschlagenen Weg, so dass die Dienstleistungen des LDI für die fortgeschrittene Signatur nunmehr in solche für die qualifizierte Signatur überführt werden. Das Verfahren IRMA ist inzwischen umgestellt.

Wichtiger Bestandteil des Vorhabens ist, die für die qualifizierte Signatur erforderliche Registrierung mit persönlichem Erscheinen nicht zu einem „Hürdenlauf“ mit hohem Reiseaufwand werden zu lassen. Deshalb wird nun in einer gemeinsamen Aktion von Land und Kommunen angestrebt, die Beantragungen qualifizierter Signaturkarten in den Einwohnermeldeämtern sowie für die Bediensteten der Landesverwaltung in den Personalstellen der Landesverwaltungen zu ermöglichen.

Schließlich werden im Rahmen der Vereinbarung alle Kommunen und alle Kreise mit einer Chipkarte (mit einer qualifizierten elektronische Signatur und weiteren Zertifikaten) und einem Kartenleser kostenfrei ausgestattet. In gleicher Weise erhält die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen zur Förderung des Lehrbetriebs elf Erstausstattungen.

Verwaltungsportal

Das Verwaltungsportal www.verwaltung.rlp.de, ein wichtiger Baustein der eGovernment-Strategie, bietet einen zentralen Zugang zu allen behördlichen Informationen und Service-Angeboten der Verwaltung. Es entspricht in breitem Umfang einem Informationsbedarf seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft und belegt mit seinen durchschnittlich mehr als einer Million Zugriffen je Monat die Richtigkeit des rheinland-pfälzischen Vorgehens bei der Verwirklichung von eGovernment.



Das Verwaltungsportal präsentiert Informationen beziehungsweise Verweise zu rund 600 Landesbehörden und allen Kommunalverwaltungen – einschließlich der Ortsgemeinden – in Rheinland-Pfalz. Die Web-Plattform bietet damit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und den Behörden einen bequemen und leistungsfähigen Zugang zu Online-Dienstleistungen der Behörden. Darüber hinaus ermöglicht der von der Staatskanzlei aufgebaute und nunmehr in das Verwaltungsportal integrierte „rlp-Lotse“ einen lebenslagenorientierten Zugang zu den Dienstleistungsangeboten der Behörden. Er informiert darüber, was in aufgetretenen Fragestellungen zu tun ist und welche Behörde hierzu die passende Dienstleistung bietet. Geordnet ist der Lotse nach Lebenslagen wie z.B. Beruf, Gesundheit oder Umweltschutz. Zudem gibt es auch die direkte Verbindung zu dem Kommunalportal rlpDirekt. Damit die Internet-Nutzer bei kommunalen Themen auch an die zutreffenden Stellen gelangen, werden sie gegebenenfalls unmittelbar zu dem Kommunalportal rlpDirekt geleitet.

Bereits zum Start des Portals im Oktober 2002 wurde das Angebot mit dem Dienstleistungsportal des Bundes www.bund.de vernetzt. Dadurch haben beide Portale ohne Mehraufwand die gleiche Aktualität. Die Pflege der Portalinhalte erfolgt dezentral durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden, die Zugang zu einem Redaktionssystem haben. Die Zentralredaktion des Portals sichert die Qualität der Informationen und koordiniert die Aktivitäten rund um die Web-Plattform.

Mit der CeBIT 2004 wurde die Homepage des Verwaltungsportals neu gestaltet und präsentiert sich barrierefrei. Zudem erhält der Nutzer einen Überblick über die eGovernment-Aktivitäten des Landes.

Dokumentenverwaltung und Vorgangsbearbeitung

Ein wichtiges Element der Umsetzung von eGovernment ist die Einführung der „elektronische Akte“ zur dauerhaften und revisionsicheren Speicherung von Dokumenten und der elektronischen Kommunikation. Die elektronisch unterstützte und gesteuerte Vorgangsbearbeitung begründet sowohl für Arbeitsabläufe innerhalb der Behörden selbst, als auch orts- und behördenübergreifend eine gravierende Qualitätssteigerung. Zeitgleiches Arbeiten am selben Vorgang von verschiedenen Bearbeitern und Behörden in einer elektronischen Akte beschleunigt Geschäftsprozesse und leistet einen wesentlichen Beitrag zur bürgernahen Verwaltung.

Effiziente Verwaltungsabläufe setzen ein elektronisch unterstütztes Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem voraus. Benötigte Verwaltungsdienstleistungen und die zugehörigen internen Verwaltungsprozesse können elektronisch abgerufen bzw. durchgeführt werden. Die BKST empfiehlt auf Grundlage des für die Mittelinstanz durchgeführten Auswahlverfahrens den Einsatz des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems DOMEA® der Firma OpenText und strebt eine weitgehende landesweite Standardisierung an.



Die Gründe hierfür sind unter anderem:

- › Diese Standardisierung ermöglicht eine hohe Kommunikationsfähigkeit auf Dokumenten-, Vorgangs- und Aktenebene.
- › Anbindungen an ressortübergreifende Anwendungen, wie beispielsweise zu IRMA, müssen nur einmal entwickelt und könnten sodann breit gefächert eingesetzt werden. Eine deutliche Kostenersparnis ist die Folge.
- › Das Produkt DOMEA® ist bereits in vielen Bundes- und Länderbehörden im Einsatz. Im Wege der Kieler Beschlüsse wird ein gegenseitiger Austausch und Weitergabe von Anwendungen angestrebt.
- › Der LDI wird in Zukunft als zentraler Dienstleister für das Geschäftsfeld Dokumentenmanagement (mit einer Konzentration auf das Produkt DOMEA®) zur Verfügung stehen. Dies hat zur Folge, dass Fachwissen an zentraler Stelle durch Landesbedienstete aufgebaut und der Landesverwaltung zur Verfügung gestellt wird. Eine Produktvielfalt wäre durch die notwendige Inanspruchnahme jeweiliger externer Dienstleister in der Gesamtheit mit höheren Kosten verbunden.

Um eine kostengünstige und zügige breite Einführung dieses Systems zu ermöglichen, hat das ISM ergänzend ein standardisiertes, rheinland-pfalz-spezifisches Modul („rlpDMS-Client“) entwickelt. Dieses versetzt die Verwaltungen in Rheinland-Pfalz in

die Lage, schnell und einfach mit dem Aufbau elektronischer Akten zu beginnen, und verhindert unnötige Doppelentwicklungen von Software.

Dieser rlpDMS-Client beinhaltet insbesondere die Funktionen

- › Integration des landeseinheitlichen Aktenplans,
- › Abbildung der Geschäftszeichenbildungsregeln und
- › Vorgabe landesweit einheitlicher Metadaten für den Aktenaustausch zwischen Verwaltungen und wird als Bestandteil des DOMEA®-Verfahrens in den nächsten Monaten bei verschiedenen Verwaltungen eingeführt.

Als weitere Komponenten sind automatisierte Verbindungen mit dem künftigen landesweiten Formularservice und dem „rlp-Service24“ als integralen Bestandteilen der rlp-Middleware sowie Anbindungen landesweiter Fachanwendungen geplant.



3.3 Zusammenarbeit mit dem kommunalen Bereich

Hand in Hand

Die enge Zusammenarbeit der staatlichen und der kommunalen Verwaltung ist eine Grundbedingung für eGovernment. Daher gibt es zwischen dem rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport und den entsprechenden kommunalen Einrichtungen Verknüpfungen auf breiter Basis. Das ist zum Beispiel hilfreich für das hochmoderne Einwohnermeldeverfahren „EWOISneu“. Das Land und die Kommunen in Rheinland-Pfalz haben die Entwicklung ihres neuen Verfahrens zum Meldewesen gemeinsam getragen.

Aber auch bei den Geobasisinformationen ist der schnelle „online“-Austausch zwischen den Kommunen, dem Land und dem Bund äußerst hilfreich: Schließlich beziehen sich mehr als 80% aller Verwaltungsentscheidungen auf räumliche Zusammenhänge und den Grund und Boden der Rheinland-Pfälzer. Ein weiteres gemeinsames Projekt des Landes und der Kommunen mit privatwirtschaftlicher Beteiligung ist die „Signatur-Initiative Rheinland-Pfalz“. Sie dient dem Aufbau einer organisatorischen und technischen Infrastruktur für die „elektronische Signatur“.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

3.3 *Zusammenarbeit mit dem kommunalen Bereich*

Zusammenarbeit mit dem kommunalen Bereich

Eine enge Zusammenarbeit von staatlicher und kommunaler Verwaltung ist unabdingbare Voraussetzung zur Verwirklichung von eGovernment in Rheinland-Pfalz. Hierzu ist das ISM bereits vor längerer Zeit in einen Dialog mit den entsprechenden kommunalen Einrichtungen getreten, der kontinuierlich verbreitert wird.

Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind:

- › Das staatliche und das kommunale Kommunikationsnetz sind miteinander verknüpft und erlauben Übergänge zwischen beiden Netzen. Der Betrieb des neuen landeseinheitlichen Einwohnermeldeverfahrens EWOISneu erfordert ein Weitverkehrsnetz, an das alle Kommunen und die zentralen Standorte (LDI, KommWis und KDZ) angeschlossen sind. Der LDI nimmt für das Kommunalnetz zentrale Aufgaben wahr. Im Zusammenhang mit dem neuen landeseinheitlichen Verfahren zur Erledigung der meldebehördlichen Aufgaben, dem EWOISneu wurde sowohl zur Abwicklung der Kommunikationsbeziehungen innerhalb dieses Verfahrens als auch für den gesicherten Transport sonstiger personenbezogener Daten in anderen Verfahren das Kommunalnetz Rheinland-Pfalz (KNRP) aufgebaut.

Die Kommunen haben sich auf vertraglicher Grundlage freiwillig an das KNRP angeschlossen. Der Datenverkehr zwischen dem KNRP und dem rlp-Netz wird vom LDI gewährleistet. Der LDI hat eine mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz abgestimmte „Wächterfunktion“, die unter anderem sicher stellt, dass der notwendige Datenverkehr zwischen den staatlichen und kommunalen Stellen den datenschutzrechtlichen Belangen entspricht.

- › Mehr als 80% aller Verwaltungsentscheidungen beziehen sich auf räumliche Zusammenhänge und den Grund und Boden der Bürgerinnen und Bürger. Mit der durchgängigen Verwendung der Geobasisinformationen auf allen kommunalen und staatlichen Verwaltungsebenen werden Prozesse beschleunigt und ein effizienter Datenaustausch zwischen den entscheidenden Stellen bei den Kommunen, dem Land und dem Bund ermöglicht. Mit dem Vertrag zwischen den kommunalen Spitzenverbänden Rheinland-Pfalz und dem Ministerium des Innern und für Sport vom 15. Oktober 2002 wurde die Übermittlung und Verwendung von Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz neu geregelt. Finanziert durch Mittel aus dem Ausgleichsstock wurde den Kommunen erstmals ermöglicht, die Geobasisinformationen ab Vertragsbeginn ohne jegliche haushaltsrechtliche Hemmnisse für ihre vielfältigen Aufgaben zu verwenden. Eigenständige

Nutzungsvereinbarungen und der hierzu notwendige Verwaltungsaufwand sind mit dem In-Kraft-Treten des Vertrages ebenso entfallen wie die Hürden finanzieller Entscheidungen in den Kommunalparlamenten.

- › Das Land und die Kommunen haben gemeinsam die Entwicklung des neuen Verfahrens zum Meldewesen getragen und eine technische Interoperabilität bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sicher gestellt.
- › Das Verwaltungsportal des Landes ist mit dem entsprechenden Angebot der kommunalen Seite „transparent“ verknüpft. Dies beinhaltet, dass von jedem der beiden Portale aus Informationen und Dienstleistungen der jeweils anderen Verwaltungsebene ansprechbar sind.
- › Land und kommunale Seite betreiben den Aufbau einer gemeinsamen organisatorischen und technischen Infrastruktur für die elektronischen Signatur. Hierzu haben sie eine Vereinbarung („Signaturbündnis Rheinland-Pfalz“) getroffen, auf deren Grundlage durchgängig gemeinsame Basistechniken („dieselbe Signaturkarte“), eine gemeinsame flächendeckende Registrierungsorganisation und die Umsetzung gemeinsamer Vorhaben vorgesehen sind. Sie bereiten daneben den Aufbau einer gemeinsamen technischen Anwendungsplattform zur rechtssicheren Kommunikation unter Einbeziehung aller notwendigen und marktüblichen Übertragungsstandards vor.

- › Land und Kommunen planen z. Zt. gemeinsam die Entwicklung der so genannten rlp-Middleware.
- › Das Land unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung landesweiter Standards, zum Beispiel in der Vorgangsbearbeitung.



3.4 Bundesweite Kooperationen

eGovernment in Rheinland-Pfalz und deutschlandweit

Das Land Rheinland-Pfalz ist seiner Zeit weit voraus: Es hat die von der Ministerpräsidentenkonferenz für 2005 vorgegebene Erreichbarkeit aller Behörden per elektronischer Post schon lange vorher erfolgreich umgesetzt. Die Mainzer Landesverwaltung arbeitet mit anderen Bundesländern und dem Bund eng zusammen. Zu den wichtigsten Vorhaben zählen das bundesweite „TESTA-Netz“, das die einzelnen Netze der öffentlichen Verwaltung miteinander verknüpft, sowie die Initiative „Deutschland-Online“, die 2003 von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen wurde.

Mit „Deutschland-Online“ verbunden ist der Aufbau einer deutschlandweiten Geodateninfrastruktur (GDI-DE[®]). Mit dieser Infrastruktur werden Geoinformationen über offene Leitungswege schnell verfügbar sein. Weitere Projekte sind die Schaffung einer landesweit nutzbaren Plattform zur „rechtssicheren Kommunikation“ und das Verfahren „elektronische Beschaffung“, eProcurement. Hier werden in diesem Jahr die Bestellplattform „Kaufhaus des Bundes“ sowie die Vergabeplattform „eVergabe“ als Pilotprojekte in Rheinland-Pfalz getestet.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

3.4 Bundesweite Kooperationen

Bundesweite Kooperationen

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat in ihrer Sitzung am 17. Juni 2004 Zielvorgaben für die Umsetzung des eGovernment vereinbart³. Der hierbei für das Jahr 2005 vorgegebene Meilenstein, zu dem alle Behörden mittels elektronischer Post erreichbar sein sollen, ist in Rheinland-Pfalz bereits jetzt erreicht. Auch die Vorgabe der grundsätzlichen Abwicklung der zwischenbehördlichen Post ab dem Jahr 2007 auf elektronischem Wege wird in Rheinland-Pfalz rechtzeitig umgesetzt.

Die Landesverwaltung befindet sich in einer breit angelegten Kooperation mit anderen Bundesländern und dem Bund. Hierzu zählen insbesondere folgende Vorhaben:

- › Als eines der ersten Länder hat sich Rheinland-Pfalz dem bundesweiten TESTA-Netz⁴ angeschlossen und es wesentlich mitgestaltet. Über dieses Netz, das die Netze der öffentlichen Verwaltung miteinander verknüpft, werden länderübergreifende Verfahren – wie zum Beispiel für den Verbraucherschutz oder bundesweite statistische Erhebungen – betrieben. Durch die Verbindung des kommunalen und des staatlichen Netzes steht – anders als in den anderen Flächenländern – auch allen Kommunen in Rheinland-Pfalz der Zugang zum TESTA-Netz offen.

› Deutschland-Online

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 26. Juni 2003 die Initiative „Deutschland-online“⁵ beschlossen. Rheinland-Pfalz beteiligt sich sowohl aktiv in den Gremien als auch an einer Reihe von Vorhaben dieser Initiative.

Eine davon ist die Vorhabengruppe „Portalvernetzung“. Das rheinland-pfälzische Verwaltungsportal ist von Anfang an mit einer Durchlässigkeit zu den Informationsbeständen anderer Portale konzipiert. Hieran soll auch weiterhin festgehalten werden. Die Landesverwaltung beteiligt sich daher an einer entsprechenden Vorhabengruppe der Initiative Deutschland-Online.

Weitere Vorhaben, an denen sich Rheinland-Pfalz beteiligt sind die Projekte

- › „Clearingstellen“,
- › „Meldewesen“,
- › „Personenstandswesen“,
- › „Statistik“,
- › „Transaktionsinfrastruktur“,
- › „VEMAGS“⁶ und angemeldet – unter eigener Federführung –
- › „Rentenantrag-online“.
- › Ein mit der Initiative Deutschland-Online verbundenes Projekt ist der von den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder beschlossene Aufbau einer Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE®).

GDI-DE® ist ein von Bund, Ländern und Kommunen getragenes ganzheitliches Vorhaben, um dort erzeugte und digital geführte Geoinformationen mit den Techniken zeitgemäßer Kommunikationsverarbeitung über offene Leitungswege verfügbar zu machen. Durch eine funktionierende Geodateninfrastruktur werden Mehrfachdatenerhebungen/ -bestände vermieden und die Datenhaltung optimiert (schlanke Verwaltung), die Transparenz verfügbarer Geodaten erhöht, eine schnelle und umfassende Nutzung aus verschiedenen Quellen ermöglicht, sowie die Mehrfachnutzung von Geodaten gesteigert. In einem ersten Schritt wurde beim Bund ein Metainformationssystem zur Recherche über Geodaten im Internet (GeoMIS.Bund) entwickelt. Im zweiten Schritt soll über ein Geodatenportal der Zugriff auf die im Netz verteilten Geodaten gewährleistet werden. Der ressortübergreifende „Interministerielle Ausschuss für Geoinformation Rheinland-Pfalz (IMAGI-RLP)“ wird die im Zusammenhang mit dem Aufbau einer GDI-DE® für das Land Rheinland-Pfalz entstehenden relevanten Fragen klären, er erstellt die Konzeption der Geodateninfrastruktur auf Landesebene – Geodateninfrastruktur Rheinland-Pfalz (GDI-RLP) – und begleitet deren Umsetzung. Der IMAGI-RLP kann sich bei dieser Arbeit auf schon in einzelnen Bereichen bestehende Infrastrukturen (Geodatenserver, Metainformationssysteme) abstützen. Diese sind auf der Basis der gemeinsamen Strategien von Bund, Ländern und Kommunen zur GDI-DE® fortzuentwickeln.

- › Bei dem Aufbau einer landesweit verfügbaren Plattform zur rechtssicheren Kommunikation strebt die Landesverwaltung zusammen mit dem kommunalen Bereich eine länderübergreifende Zusammenarbeit an. Hierbei soll auch die Kommunikation mittels des Übertragungsstandards OSC1⁷, der notwendiger Bestandteil elektronischer Vergabeverfahren ist, ermöglicht werden.
- › Der Ministerrat erteilte im Jahre 2003 den Auftrag, Verfahren der „elektronischen Beschaffung“ (eProcurement) zu untersuchen und gegebenenfalls eine elektronische Beschaffungsplattform mit der Ausrichtung auf ein zentrales Beschaffungsmanagement innerhalb der Landesverwaltung einzurichten. Voraussetzung für die Einrichtung einer solchen „Beschaffungsplattform“ ist nach der Beschlusslage im Ministerrat, dass sie sich angesichts der Haushaltslage als nutzbringend erweist, d.h. Einspar- und Mehrwerte für die Verwaltung und für die Privatwirtschaft im Interesse des Standortes Rheinland-Pfalz erzielt werden können. Das MWVLW hat daraufhin in Kooperation mit der BKSt das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem LDI in einer Fallstudie den Nutzen und das Potenzial einer zentralen elektronischen Beschaffungsplattform für die Landesverwaltung Rheinland-Pfalz zu untersuchen und zu bewerten sowie Umsetzungsempfehlungen für den Einsatz elektronischer Beschaffungssysteme zu erarbeiten. Das IESE empfiehlt den Ein-

satz einer elektronischen Bestell- und Vergabeplattform für die Landesverwaltung Rheinland-Pfalz in Form eines zweistufigen Vorgehens. In einer ersten Ausbaustufe soll eine elektronische Bestellplattform für VOL-Güter eingeführt werden, um die derzeit noch dezentral durchgeführten Bestellprozesse zu unterstützen. Eine solche Plattform kann ohne wesentliche organisatorische Änderungen in die aktuelle Beschaffungspraxis integriert werden. Anschließend sollte in einer zweiten Ausbaustufe eine elektronische Vergabeplattform eingeführt werden. In Ausführung des Beschlusses des IKT-Ausschusses vom 6. Sept. 2004 werden in 2005 sowohl die Bestellplattform „Kaufhaus des Bundes“ als auch die Vergabeplattform „e-Vergabe“ des Beschaffungsamtes des BMI in Piloten in Rheinland-Pfalz getestet werden. Hierzu stellt das Beschaffungsamt probeweise die Serverplattform für beide Verfahren kostenfrei zur Verfügung. Bei der Erprobung des „Kaufhaus des Bundes“ ist ebenso wie beim Bund geplant, die bestehenden Rahmenverträge des Landes in die Bestellplattform einzubinden. Während die Vergabeplattform bzw. das Verfahren des Bundes ohne nennenswerte Probleme übernommen werden könnte (Eigenentwicklung des Bundes) müssten bei dem Verfahren „Kaufhaus des Bundes“ die Lizenzen von der SW-Firma (Intershop) erworben werden. An Kostenanteilen für den Betrieb der Vergabeplattform ab 2006 sind vom BMI für das Land Rheinland-Pfalz 200.000 Euro kalkuliert worden.



3.5 Dienstleistungen des Landesbetriebs Daten und Information (LDI)

3.5.1 Das LDI-Rechenzentrum - Plattform für eGovernment-Dienste

3.5.2 Anwendungsplattform rlp-Service24

Service rund um die Uhr

Service rund um die Uhr – auch außerhalb der Dienstzeiten der Verwaltungen – ist das A und das O für den Erfolg von eGovernment. Da der rheinland-pfälzische Landesbetrieb Daten und Information (LDI) von Montag bis Sonntag täglich 24 Stunden Service bietet, wird das Kommunikationssystem lückenlos betreut und auftretende Störungen sind schnell behoben. Verwaltungsverfahren stehen den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen, Bürgern und der Wirtschaft jederzeit zur Verfügung. Darüber hinaus führt der LDI Beratungen durch, plant und realisiert IT-Systeme. Das Server-Rechenzentrum ist in der Lage, Kundensysteme mit den verschiedensten Betriebs- und Datenbanksystemen zu betreuen.

Auch den rlp-Service24 hat der LDI nach Erfahrungen mit Einzelanwendungen wie zum Beispiel „Kfz-Wunschzeichen online“ entwickelt. Der rlp-Service24 ermöglicht in Rheinland-Pfalz eine vollständig medienbruchfreie Online-Antragsbearbeitung und wird einmal Teil der „rlp-Middleware“ sein. Durch die Bündelung sowohl des technischen Know-hows als auch der Serversysteme der Landesverwaltung in einem einzigen Rechenzentrum ergeben sich erhebliche Kostenvorteile für das Land.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

3.5 Dienstleistungen des LDI

Der LDI konzentriert sich bei seinem Angebot auf seine Kernkompetenzen und bietet heute in erster Linie Dienstleistungen in den Bereichen Rechenzentrum, *rlp*-Netz (siehe hierzu die Ausführungen unter 3.2) sowie Anwendungsbetrieb und –betreuung an.

3.5.1 Das LDI-Rechenzentrum – Plattform für eGovernment-Dienste

Der LDI verfügt über eine Rechenzentrumsinfrastruktur, die es ermöglicht, Anwendungslösungen ‘rund-um-die-Uhr’ zu betreiben. Dies bedeutet, dass auch außerhalb der Dienstzeiten der Verwaltungen die Systemüberwachung, Störungsannahme und Störungsbehebung durch Mitarbeiter des Rechenzentrums (24 Stunden an allen 7 Tagen der Woche) gewährleistet sind. Damit können Verwaltungsverfahren den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft rund um die Uhr zur Verfügung gestellt werden. Dadurch ist eine weitere wesentliche Basis für den Betrieb von eGovernment-Lösungen geschaffen.

Der LDI bietet RZ-Dienste für Host- und Serverplattformen (Serverleistung, Platten- und Kassettenplatz, Datensicherung und Archivierung, Systemmanagement) durch

- › Beratung (Konfiguration, Outsourcing, Datenschutz und –sicherheit)
- › Planung, Realisierung, Einführung von IT-Systemen
- › Bereitstellung der Rechenzentrumsinfrastruktur
- › Systemüberwachung
- › Produktionsbetrieb
- › Druck-Dienste (Druck, Nachbereitung, Kuvertierung, Versand).

Um diese Leistungen auch in Zukunft wirtschaftlich erbringen zu können, hat der LDI seine Großrechnersysteme durch organisatorische und technische Maßnahmen konsolidiert. Außerdem wurde das Server-Rechenzentrum weiter ausgebaut. Dort werden Kundensysteme mit unterschiedlichen systemtechnischen Anforderungen, z. B. bezüglich Betriebssystem (Windows 2000, Reliant Unix, HP-UX, Linux u. a.) oder Datenbanksystem (Oracle, Informix, SQL2000 u. a.), betrieben und betreut. Um die Betriebssicherheit und Effizienz des Server-Rechenzentrums langfristig zu erhalten und gleichzeitig dem zu erwartenden Wachstum in diesem Geschäftsfeld des LDI erfolgreich begegnen zu können, hat der LDI im Rahmen von Projekten weitere Maßnahmen eingeleitet, zu denen die Analyse der vorhandenen Systemkomponenten, Definition von Hardware- und Software-Standards, Entwicklung attraktiver Preismodelle, Optimierung der bestehenden Betriebs-Prozesse sowie die Qualifizierung der Mitarbeiter gehören.



Durch die Konzentration von Serversystemen der Landesverwaltung in einem Rechenzentrum unter Nutzung der vorhandenen RZ-Infrastruktur und Hochverfügbarkeitseinrichtungen können sich mit der Durchsetzung entsprechender Technologie-Standards durch Bündelung des Know-how und des Managementaufwands erhebliche Kostenvorteile für das Land ergeben. Dazu bedarf es jedoch einer weitergehenden Analyse der gesamten IT-Landschaft des Landes Rheinland-Pfalz.

3.5.2 Anwendungsplattform rlp-Service24

Der LDI hat aus Erfahrungen in Pilotprojekten und Einzelanwendungen (z.B. Kfz-Wunschkennzeichen oder Bauen-online) den rlp-Service24 geschaffen, der eine vollständige, medienbruchfreie Online-Antragsbearbeitung für Rheinland-Pfalz ermöglicht. Hierbei wird der rlp-Service24 als Teil der Integrationsplattform angesehen, die in Ihrem Endausbau die rlp-Middleware sein wird. Um Doppelentwicklungen bei der Realisierung der rlp-Middleware zu vermeiden, wurde aus dem Gesamtkonzept des rlp-Service24 lediglich der Http-Service für die konkret anstehenden Projekte FMS; Stiftungsregister; ALB-online; DASY und FLO-rlp zur Produktionsreife gebracht und bei einigen Projekten bereits produktiv eingesetzt.

Das Grundkonzept von rlp-Service24 geht von einer interaktionsbestimmten Antragsbearbeitung im Internet aus. Es beruht vollständig auf dem Konzept des asynchronen Nachrichtenaustausches. Es gibt also keinen direkten Durchgriff vom Internet auf das rlp-Netz.



4. Weitere Entwicklung

Middleware im Mittelpunkt

Um Mehrfach-Aufwand und Inselfösungen zu vermeiden, werden in Zukunft für alle Fachverfahren in Rheinland-Pfalz einheitliche Basisdienste bereit gestellt. Eine vertraute Bedienphilosophie soll eine schnelle Orientierung einfach machen, ganz gleich von welchem Endgerät aus die Kommunikation aufgenommen wird.

Eine geplante technische Plattform, die „rlp-Middleware“, wird als standardisierte Schnittstelle zwischen dem Internet und dem geschützten rlp-Netz sichere Transaktionen ermöglichen und zahlreiche Dienste zugänglich machen. Dazu zählen der „Verzeichnisdienst“ (VZD), weiterhin Basiskomponenten wie das Dokumenten- und Workflowmanagement und ePayment, sowie „Einer-für-Alle“ (Efa)-Dienstleistungen. Die „rlp-Middleware“ wird in einer gemeinsamen Initiative von Land und Kommunen entwickelt. Sie gestattet eine Kopplung von Basisdiensten und Dienstleistungen und wird von unterschiedlichen internen und externen Systemen zu nutzen sein.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4. Weitere Entwicklung

Analysen von Fachverfahren, die über das Internet verfügbar sind bzw. verfügbar sein sollen, haben ergeben, dass bestimmte, für alle Fachverfahren gleiche Basisdienste benötigt werden. Aktuell werden in sehr vielen Fachverfahren diese Basisdienste immer wieder neu entwickelt. Dies bedeutet nicht nur einen erheblichen unnötigen Aufwand innerhalb der Verwaltungen, sondern führt auch zu Irritationen bei den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft, aber auch bei anderen Verwaltungen.

Der Verwaltungskunde kommuniziert in der Regel über eine Weboberfläche (HTML, DHTML) mit den staatlichen und kommunalen Fachverfahren. Dadurch besteht die Notwendigkeit, die unterschiedlichsten Endgeräte (z.B. PC oder mobile Geräte) unterstützen zu müssen, um ihn optimal zu bedienen. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, sich nur einmal bei der „Verwaltung“ anzumelden – egal ob er ein staatliches oder kommunales Fachverfahren nutzen will („single-sign-on“). Der Verwaltungskunde wird sich in neuen Fachverfahren zudem schneller orientieren können, wenn diese die gleiche Bedienphilosophie verfolgen wie bereits etablierte web-basierte Verfahren.

Um diese „praktischen“ Ziele zu erreichen, muss die eGovernment-Strategie des Landes effizient auf die Leistungserbringung für

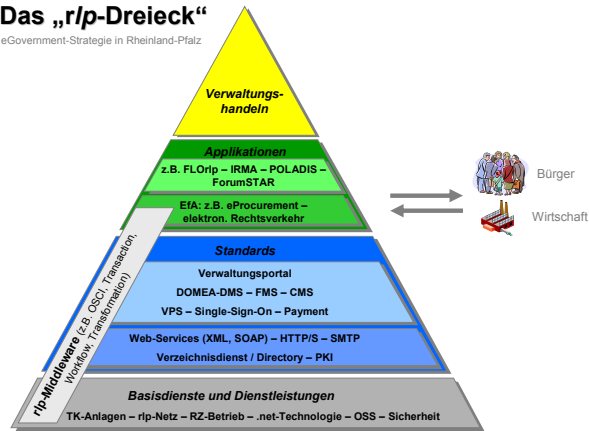
Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft ausgerichtet werden. Dies erfordert den weiteren Ausbau der bereits erwähnten Basisdienste. Ferner sind Standards festzulegen sowie die in der nachfolgenden Übersicht dargestellten Schichten der rlp-eGovernment-Architektur über eine „rlp-Middleware“ miteinander zu verbinden. Dies sind Voraussetzungen einer effizienten Entwicklung von Anwendungen und des zugehörigen möglichst medienbruchfreien Datenaustauschs.

Für die Einbindung von Fachverfahren in die eGovernment-Strategie ist neben der Bereitstellung von Basisdiensten und Dienstleistungen auch die Einrichtung zentraler technischer Funktionalitäten, die durch unterschiedliche Dienste und Behörden genutzt werden können, sowie von „Einer für Alle“-Dienstleistungen (EfA-Dienstleistungen), die von mehreren Behörden gleich oder ähnlich erbracht werden, notwendig.

Dieses begründet den Bedarf an einer „rlp-Middleware“, die eine Reihe vielfach erforderlicher Dienste bereitstellt. Diese wird eine technische Plattform darstellen, über die Bürger und Wirtschaft sicher und medienbruchfrei mit der Verwaltung kommunizieren können. Sowohl die technischen als auch die fachlichen Hürden einer effizienten und kostengünstigen Kommunikation miteinander sollen abgesenkt werden. Ein weiteres Ziel ist die Herstellung einer möglichst weitgehenden Interoperabilität einer großen Anzahl von Fachverfahren und Standards.

Das „rlp-Dreieck“

eGovernment-Strategie in Rheinland-Pfalz



Diese Plattform wird in einer gemeinsamen Initiative von Land und Kommunen entwickelt.

Die „rlp-Middleware“ soll die folgenden Dienste gegebenenfalls über Schnittstellen zur Verfügung stellen:

- › Infrastrukturkomponenten
- › rlp-Netz
- › Verzeichnisdienst (VZD)
- › Basiskomponenten
- › Portal

- › Dokumenten- und Workflowmanagement
- › Content-Management-System (CMS)
- › Formular-Management-System (FMS)
- › Virtuelle Poststelle (VPS)
- › ePayment
- › Efa-Dienstleistungen („Einer-für Alle“-Dienstleistungen)
- › elektronischer Rechtsverkehr
- › eVergabe

Die „rlp-Middleware“ soll von den unterschiedlichsten – internen und externen – Systemen nutzbar sein. Dies erfordert, dass die „rlp-Middleware“ auf Standards aufsetzt und gängige Transportwege und Protokolle unterstützt. Die Anforderungen an die Auswahl der Dienste kann sehr unterschiedlich sein. Die Dienste müssen granular in einzelnen Modulen ansprechbar sein, um die jeweils benötigten Dienste individuell nutzen zu können, z. B. durch Kopplung über ein Workflow-System.

Die Neuausrichtung der Infrastrukturkomponenten befindet sich bereits in der operativen Umsetzung. Bei den Basiskomponenten, den Efa-Dienstleistungen und den Standards bietet sich dagegen ein differenziertes Bild. Neben dem Verwaltungsportal ist zunächst die Implementierung eines Content-Management-Systems (CMS) und eines Formular-Management-Systems (FMS) im Fokus. In Ergänzung dazu ist die Errichtung einer landesweiten virtuellen



Poststelle (VPS) sowie einer Web-Service-basierten Zahlungsplattform (ePayment) vorzusehen.

Die virtuelle Poststelle unterstützt die Fachverfahren bei der Gewährleistung von Vertraulichkeit, Integrität, Verbindlichkeit, Authentifizierung, Monitoring und Auditierung. In Verbindung mit der elektronischen Signatur werden die Sicherheitsfunktionen wie Ver- und Entschlüsselung, Signaturprüfung und –erstellung bereitgestellt. Diese können durch weitere Funktionen wie Zeitstempelprüfung und –erstellung sowie Virenprüfung und Contentprüfung ergänzt werden.

Für die Kommunikation unter den besonderen Sicherheitsanforderungen von OSCI erweitert ein entsprechender Intermediär den Funktionsumfang der virtuellen Poststelle. Der Intermediär prüft OSCI-Nachrichten auf ihre strukturelle Integrität, protokolliert die Ergebnisse von Signatur- und Verschlüsselungsprüfungen und wendet etwaige Zustellregeln an.

Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass grundsätzlich auf Industriestandards zurückgegriffen werden kann. Die gleichen Erfahrungen zeigen aber auch, dass aufgrund der zielgerichteten Entwicklung der IT in den vergangenen Jahren nach wie vor landesspezifische Anpassungen notwendig sind.

Eine standardisierte Schnittstelle (Middleware) bietet hier die Möglichkeit einer durchgängigen funktionalen Kopplung von Basisdiensten und Dienstleistungen bis hin zur fachspezifischen Applikation.



4.1 eGovernment-Organisation in der Landesverwaltung

Koordination ist alles

Die Mitarbeiter der einzelnen Ressorts der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung benennen eGovernment-Beauftragte. Diese organisieren die eGovernment-Aktivitäten ihres Ressorts und

unterstützen das Ministerium des Innern und für Sport (ISM) bei dessen landesweiter Koordination. Dafür ist der Staatssekretär im ISM verantwortlich, bei ihm laufen alle eGovernment-Aktivitäten zusammen. Prinzipiell müssen zur Verwirklichung von eGovernment alle Ressorts eng kooperieren, schließlich besteht bei zuviel Individualität die Gefahr der Zersplitterung der technischen Infrastruktur. Daher müssen Projekte, die auf die gemeinsame eGovernment-Struktur der Landesverwaltung rückwirken können, immer frühzeitig auf ihre Vereinbarkeit mit der gemeinsamen Infrastruktur überprüft werden.

Um Informations- und Kommunikationstechniken effektiv und ökonomisch zu nutzen, wurde vom ISM die Beratungs-, Koordinierungs- und Steuerungsstelle (BKSt) eingerichtet. Ihre Aufgabe ist die Abstimmung allgemeiner und ressortübergreifender IT-Angelegenheiten in der Landesverwaltung unter Einsatz eines IT-Controllings. Frühzeitig informieren die Ressorts die BKSt über geplante IT-Projekte, dort wird dann geprüft, ob das Projekt ressortübergreifend relevant ist, also prinzipiell auch für andere Behörden und Gerichte in Betracht kommt. Da diese Pilotanwendungen häufig zu Ungleichgewichten führen – ein Ressort finanziert ein Projekt, andere profitieren davon – sind Modelle zu entwickeln, die gerechtere Bedingungen garantieren.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4.1 eGovernment-Organisation der Landesverwaltung

4.1 eGovernment-Organisation in der Landesverwaltung

eGovernment-Beauftragte

Wegen des umfassenden Kooperations- und Koordinierungsbedarfs benennen die Ressorts dem ISM „eGovernment-Beauftragte“, die einerseits die eGovernment-Aktivitäten ihres Geschäftsbereiches koordinieren und andererseits das für eGovernment zuständige ISM bei dessen landesweiter Koordination unterstützen. Diese Beauftragten sind zudem in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich, dass bei der Entwicklung von eGovernment-Verfahren sämtliche berührten Bereiche und das ISM im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die eGovernment-Struktur des Landes rechtzeitig zusammenwirken.

Zuständig für die landesweite Koordination und Bündelung der eGovernment-Aktivitäten ist der Staatssekretär des ISM, bei ihm richtet das ISM eine fachübergreifende Arbeitsgruppe „eGovernment“ ein.

Abstimmungsprozesse

Die Verwirklichung von eGovernment erfordert sowohl die kooperative Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche, als auch das enge Zusammenwirken aller Ressorts. Hierzu müssen ergänzende Abstimmungs- und Arbeitsstrukturen geschaffen werden.

Die Ressorts haben zur Umsetzung von eGovernment bereits eine Vielzahl an Aktivitäten in die Wege geleitet. Die hieraus entstandenen oder geplanten Vorhaben sind in der den unter 3.1 enthaltenen Übersichten zusammengestellt. Bei allen Erfolgen und Impulsen, die sich aus diesen Entwicklungen bereits ergeben haben, muss gleichwohl der Gefahr begegnet werden, durch eine zu weitgehend ausgeprägte Auslegung individueller Verantwortlichkeiten eine Zersplitterung der technischen Infrastruktur zu bewirken. Zu letzterer gehören über die Produktionseinrichtungen hinaus auch die Ressourcen zur effizienten und zeitnahen Erstellung und Inbetriebnahme von eGovernment-Verfahren.

Deshalb müssen Vorhaben mit möglichen Rückwirkungen auf die gemeinsame eGovernment-Struktur der Landesverwaltung stets rechtzeitig mit dem für die eGovernment-Infrastruktur zuständigen Ressort abgestimmt werden. Das ISM wird hierzu ein Verfahren entwickeln.

Beratungs- und Koordinierungsstelle (BKSt)

Die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken ist ein wesentliches Element von eGovernment und besitzt in der Landesverwaltung eine weit zurückreichende Tradition.

Für einen gesamtstrategisch und wirtschaftlich ausgerichteten Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken in der Landesverwaltung hat das Ministerium des Innern und für Sport gemäß § 7 Satz 1 des Landesgesetzes über die Umwandlung des Daten- und Informationszentrums Rheinland-Pfalz in den Landesbetrieb Daten und Information vom 16. Dezember 2002 (GVBl. S. 496) die Beratungs- Koordinierungs- und Steuerungsstelle (BKSt) eingerichtet. Aufgabe der BKSt ist es, ressortübergreifende und allgemeine IT-Angelegenheiten in der Landesverwaltung zu koordinieren und unter Einsatz eines IT-Controllings zu steuern.

Unter Berücksichtigung der fachlichen Notwendigkeiten bestimmt die BKSt im Benehmen mit den Ressorts die ressortübergreifend und allgemein zu nutzenden IT-Systeme, -Verfahren und -Einrichtungen und legt die dazu erforderlichen Vorgaben einschließlich der Finanzierung fest.

Die Ressorts informieren die BKSt frühzeitig über die im eigenen Zuständigkeitsbereich geplanten IT-Projekte. Die BKSt prüft, ob dem IT-Projekt eine ressortübergreifende Relevanz beizumessen ist. Leitlinie der zu treffenden Entscheidung ist, ob das IT-Projekt Querschnittscharakter aufweist. Hiervon wird regelmäßig dann

auszugehen sein, wenn das IT-Projekt nach seiner Funktionalität und Verwendungseignung für alle bzw. die Mehrzahl von Behörden, Gerichten und Stellen des Landes potenziell in Betracht kommen könnte.

Die BKSt teilt das Ergebnis ihrer Prüfung der mitteilenden Stelle mit. In den Fällen, in denen der ressortübergreifende Charakter bejaht wurde, erfolgt die Abstimmung über Art, Umfang und Modalitäten einer ressortübergreifenden Implementierung des IT-Projektes im IT-Ausschuss, dem Vertreter aller Ressorts angehören und der die BKSt bei der Durchführung ihrer Aufgaben berät.

Finanzierung und Geschäftsmodelle

Ressortübergreifende Projekte mit finanziellen Folgen für die Ressorts beinhalten generell ein Konfliktpotential, weil im Regelfall Mittel für solche Vorhaben nicht in den IT-Haushalten der Ressorts bereit stehen. Vielmehr ist die Situation der Ressorts dadurch gekennzeichnet, dass bereits die ressortspezifischen Fachanwendungen kaum mehr zu finanzieren sind. Ein Lösungsansatz zu dieser Problematik könnte in der Ausweisung eines eigenen Haushaltsansatzes in der Titelgruppe 95 „ressortübergreifende IT-Angelegenheiten“ zur Bewirtschaftung durch die BKSt für ressortübergreifende Projekte bestehen. Gleichwohl wird es künftig notwendig sein, fallweise auf Finanzierungsbeiträge der Ressorts zurückzugreifen.



eGovernment-Verfahren können – wenn auch in der Regel mit Zeitverzug erst nach der Einführungsphase – mit Haushaltseinsparungen verbunden sein. Diese Einsparungen kommen zumeist in anderen als den für die Erstellung und den Betrieb der Verfahren einschlägigen Haushaltsstellen zum Tragen. Hierzu sollen Modelle entwickelt werden, die zur Finanzierung der eGovernment-Verfahren einen Rückgriff auf die Haushaltseinsparungen an einer anderen Stelle zulassen.

Aufgrund der vielfältigen Ausgangslagen und Aufgabenstellungen der Fachbereiche kann künftig nicht von einer Gleichzeitigkeit des Bedarfes aller Dienststellen an einzelnen Komponenten der technischen eGovernment-Infrastruktur ausgegangen werden. Es sind daher für die einzelnen Vorhaben gezielt Geschäftsmodelle zu entwickeln, mit denen die zeitgerechte Umsetzung notwendiger Maßnahmen für eine Mehrheit und der spätere Beitritt nachkommender Verwaltungen zu gerechten Konditionen ermöglicht werden.



4.2 Analyse von Verwaltungsabläufen

Was eignet sich für eGovernment?

Eine Grundbedingung für die Umsetzung von eGovernment in Rheinland-Pfalz ist die genaue Analyse des bisherigen Verwaltungshandelns. Schließlich bauen die Projekte auf dem Verwaltungshandeln, dem damit verbundenen Nutzen – und nicht vorrangig auf dem technisch Möglichen auf. Eine vom ISM und den betroffenen Ressorts durchgeführte Evaluation von Verwaltungsverfahren wird die Grundlage unter anderem für die Bewertung künftiger eGovernment-Vorhaben für die Finanzplanung und für organisatorische Maßnahmen bilden. Aus dieser Analyse leitet sich die Entwicklung der Ablauf- und Aufbauorganisation und der zugehörigen eGovernment-Verfahren ab.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4.2 Analyse von Verwaltungsabläufen

4.2 Analyse von Verwaltungsabläufen

Unverzichtbare Grundlage der Umsetzung von eGovernment ist die Evaluation des Verwaltungshandelns. eGovernment-Projekte leiten sich vorrangig aus einem vorher definierten Verwaltungshandeln und nicht aus technischen Machbarkeiten ab. Es ist vorgesehen, Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung, die Art und Weise des Verwaltungsablaufs sowie die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen im Wege einer strukturierten Bestandsaufnahme zu analysieren und diese Leistungen dann auf ihre eGovernment-Tauglichkeit zu hinterfragen.

Unter Federführung des ISM wird in Absprache zusammen mit den betroffenen Ressorts eine Analyse von Verwaltungsverfahren durchgeführt werden. Diese – den gesamtwirtschaftlichen Nutzwert einbeziehende – fachliche Analyse ist Grundlage für

- › die Priorisierung künftiger eGovernment-Vorhaben im Zusammenwirken mit den Partnern der Verwaltung,
- › organisatorische Maßnahmen,
- › die Finanzplanung und Entwicklung von Geschäftsmodellen,
- › Initiativen zur Fortentwicklung von Rechtsvorschriften sowie
- › die Bestimmung und Implementierung erforderlicher technischer Instrumentarien.

Diese Untersuchungen bilden die Grundlage für die sachgerechte Entwicklung der Ablauf- und Aufbauorganisation sowie zugehöriger eGovernment-Verfahren.



4.3 Mehrwert für die Wirtschaft

eGovernment und eBusiness – zwei Seiten einer Medaille

Ein Notar, der auf das elektronische Grundbuch zugreift, ein Architekt, der für ein Projekt online Geoinformationen sucht oder ein Autohändler, der am Samstag seinem Kunden per Internet zu seinem Wunschkennzeichen verhilft: das alles sind Beispiele dafür, wie Vertreter der Wirtschaft die eGovernment-Angebote der öffentlichen Verwaltung nutzen können.

Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Unternehmen eGovernment-Prozessen ein hohes Nutzerpotential beimisst. Ein neuer Dialog zwischen der rheinland-pfälzischen Verwaltung und der Wirtschaft ist in Gang gekommen, um IT-Strategien aufeinander abzustimmen – schließlich sind eGovernment und eBusiness zwei Seiten einer Medaille. Die Abgleichung beider Bereiche kann nur in einem mehrstufigen, integrativen Verfahren erfolgen. Im Idealfall führt dies zu einer gleichzeitigen eGovernment- und eBusiness-Anwendung. Auch ein „Branchenhandbuch eGovernment“, das relevante Informationen für jede Branche zusammenstellt, ist im zukunftsorientierten Rheinland-Pfalz realisierbar.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4.3 Mehrwert für die Wirtschaft

4.3 Mehrwert für die Wirtschaft

Das Internet wird insbesondere von der deutschen Wirtschaft zunehmend genutzt, um Verwaltungsprozesse elektronisch abzuwickeln. Unternehmen wollen schnelle Genehmigungen für die Durchführung ihrer Projekte. Notare, Architekten oder Banken wollen schnell und einfach auf Geoinformationen oder das elektronische Grundbuch zugreifen können. Der Handel ist an vielfältigen Dienstleistungen interessiert. Für ein Autohaus ist beispielsweise von Interesse, dass er dem Kunden dessen Wunschkennzeichen auch an einem Samstag vermitteln kann.

Untersuchungen und Umfragen zeigen auf, dass die Mehrheit der Unternehmen die eGovernment-Angebote der öffentlichen Verwaltung nutzen und der Veränderungen von Prozessen ein hohes Nutzerpotenzial beimessen. Weiterhin ist die Bereitschaft von Unternehmen erkennbar, für die Nutzung von eGovernment-Angeboten zu zahlen.

Für die Planung und Umsetzung von eGovernment-Projekten ist es von besonderer Bedeutung, die Schnittstellen zwischen den Verwaltungsprozessen und den Wertschöpfungsketten der Wirtschaft zu definieren und festzulegen. Hierzu ist ein neuer Dialog zwischen Verwaltung und Wirtschaft erforderlich, wobei die IT-Strategien

aufeinander abgestimmt werden müssen. Nur wenn erkennbar ist, welche Veränderung von Verwaltungsprozessen zu einem konkreten Nutzen und Mehrwert der Wirtschaft führen, können angesichts leerer öffentlicher Kassen weitere Investitionen verantwortlich getätigt werden. Diese Schnittstellen zwischen Verwaltung und Wirtschaft müssen definiert und die entsprechenden Business-Cases entwickelt werden.

eGovernment und eBusiness sind zwei Seiten einer Medaille. Nur auf der Grundlage von miteinander verknüpften eGovernment- und eBusiness-Strategien können die Chancen der Informationsgesellschaft genutzt und der Standort zukunftssicher ausgebaut werden.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden in Rheinland-Pfalz im Sommer vergangenen Jahres mit Wirtschaftsvertretern die Auswirkungen von IT für alle Branchen und dabei die Chancen von eGovernment diskutiert. Diese Kommunikationskultur wird auch in Zukunft ein wesentliches Element der eGovernment-Strategie sein.

Neben der Veränderung der Kommunikationsbeziehungen müssen für ein erfolgreiches „branchengetriebenes“ eGovernment Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam jene Verfahren identifizieren, deren eGovernment-Umsetzung für beide Seiten einen hohen



Nutzen hat. Da jede Branche unterschiedliche Anforderungen an die Verwaltung stellt, ist dies nur in einem mehrstufigen, integrativen Verfahren möglich. Mit ihm werden die geeigneten und einen Mehrwert beinhaltenden Verwaltungsverfahren identifiziert. In diesen Prozess sind gegebenenfalls auch Externe mit entsprechender Branchenkenntnis einzubeziehen.

Die Vorergebnisse der Verwaltung und Wirtschaft sollen in einem weiteren Schritt gemeinsam abgeglichen werden. Ein so gewonnenes Ergebnis kann anschließend im Hinblick auf eine eGovernment-Umsetzung bewertet werden. Bei den identifizierten Verfahren ist von Seiten der Wirtschaft die Eignung und Nützlichkeit zu beurteilen. Im positiven Fall ergibt sich eine gleichzeitige eGovernment- und eBusiness-Anwendung.

In einem weiteren Schritt können die für die jeweiligen Branchen relevanten Verfahren und Informationen in einem „Branchenhandbuch eGovernment“ zusammengefasst werden.



4.4 Technische Infrastruktur

Auf einen gemeinsamen Nenner bringen

Die Standardisierung technischer Prozesse und Einrichtungen hilft, eGovernment in Rheinland-Pfalz effizient und kostengünstig zu verwirklichen. Die Ziele einer solchen Standardisierung sind die

Verbesserung der Interoperabilität, die Reduzierung von Kosten, erhöhte Sicherheit und eine optimale Nutzung sowie Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensentwicklungen. Schwerpunkt ist die Schaffung einer standardisierten, multifunktionalen Schnittfläche (Middleware) zwischen dem Internet und dem geschützten rlp-Netz der rheinland-pfälzischen Verwaltung. Das Ministerium des Innern und für Sport (ISM) wird eGovernment-Standards definieren, um Einheitlichkeit zu schaffen und bereits getätigte Investitionen zu schützen. Diese Standards werden die Grundlage künftiger Vorhaben sein.

Zur landesweiten eGovernment-Infrastruktur gehören viele Komponenten: Eine Plattform zur „rechtssicheren Kommunikation“, einschließlich einer virtuellen Poststelle, soll aufgebaut und ein durchgängiges Vorgangsbearbeitungssystem etabliert werden. Der Einsatz eines landesweiten Content-Management-Systems (CMS) muss auf den Bedarf einer adäquaten und zeitgemäßen Verwaltung einzelner Webauftritte reagieren. Das in ganz Rheinland-Pfalz verfügbare Formular-Management-System (FMS) trägt schließlich der Tatsache Rechnung, dass Formulare elementare Bestandteile der Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Wirtschaft auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite sind.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4.4 Technische Infrastruktur

4.4 Technische Infrastruktur

Elemente der eGovernment-Architektur

Die Verwirklichung von eGovernment erfordert die übergreifende Vernetzung vorhandener und künftiger IT-Verfahren in der Landesverwaltung. Diese Interoperabilität ist technisch wie wirtschaftlich notwendig und nur auf Grundlage einer gemeinsamen eGovernment-Architektur erzielbar. Die technische Komponente dieser Architektur beruht nicht auf einer Vielzahl singulärer Verfahren, sondern besteht aus der Summe vieler IT-Verfahren, technischer Basiskomponenten, Basisdiensten und Standards. Sie beinhaltet die Bereitstellung gemeinsamer Querschnittsverfahren und Basisdienste sowie die Festlegung technischer Standards und notwendiger Schnittstellen zwischen den eGovernment-Verfahren.

Standardisierung

Mit der Standardisierung technischer Prozesse und Einrichtungen verfolgt die Landesverwaltung folgende Ziele:

- › Herstellung beziehungsweise Verbesserung der Interoperabilität von eGovernment-Verfahren,

- › Reduktionen von Kosten bei Verfahrensentwicklung und -einsatz,
- › optimale Nutzung vorhandener Entwicklungsressourcen,
- › Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensentwicklungen sowie
- › Erhöhung des erzielbaren Sicherheitsstandards.

Die Standardisierung erstreckt sich somit keinesfalls nur auf technische Produktions- und Kommunikationskomponenten oder Datenbeschreibungen, sondern ist ein unverzichtbares Mittel zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei der Erstellung von eGovernment-Verfahren. Ein besonderer Schwerpunkt wird deswegen die Bereitstellung standardisierter Entwicklungsinstrumente sowie einer multifunktionalen „Middleware“ als breit einsetzbare Basis künftiger eGovernment-Verfahren sein.

Das ISM wird deshalb für die Landesverwaltung eGovernment-Standards

- › auf der Grundlage vorhandener Verfahren, technischer Gegebenheiten und De-facto-Standards,
- › unter Berücksichtigung fachspezifischer Belange und
- › im Hinblick auf bundesweite und kommunale Standardisierungen, insbesondere das Architekturmodell⁸ des KoopA, definieren. Dies, um einerseits getätigte Investitionen zu schützen

und vorhandenes Wissen zu nutzen und andererseits um den Belangen eines körperschaftsübergreifenden eGovernment Rechnung zu tragen.

Neue eGovernment-Standards sind Grundlage anstehender und künftiger Vorhaben; ihre Implementierung in vorhandene Verfahren oder gar deren Ersatz durch neue Lösungen sind nur dann vertretbar, wenn dies in einer Gesamtbetrachtung vorteilhaft oder aus zwingenden Einzelbetrachtungen unabweisbar ist.

Weitere Komponenten der landesweiten eGovernment-Infrastruktur werden sein

- › der Aufbau einer Plattform zur rechtssicheren Kommunikation (einschließlich einer so genannten „virtuellen Poststelle“),
- › der Ausbau des durchgängigen Vorgangsbearbeitungssystems,
- › der Einsatz eines landesweiten Content-Management-Systems (CMS) und
- › die Einführung eines landesweit verfügbaren Formularservices (FMS) mit Anbindung an das landesweite Workflow-System.

CMS Content-Management-System

Die zunehmende Akzeptanz des Internetangebots der Landesverwaltung, einhergehend mit den erheblichen Bemühungen,

im Rahmen der eGovernment-Initiative die Zahl der Internet-Dienstleistungen stetig auszubauen und diese mit vorhandenen Strukturen zu synchronisieren, hat den Bedarf an einer adäquaten und zeitgemäßen Verwaltung der einzelnen Webauftritte begründet. In diesem Zusammenhang waren zudem die Bemühungen um ein Corporate Design der Internetauftritte der Landesbehörden zu berücksichtigen.

Da die rheinland-pfälzische Polizei in diesem Bereich besonders vielfältige Anforderungen hat, wurde von dort aus die europaweite Ausschreibung eines Content-Management-Systems (CMS) sowie der erforderlichen Dienst- und Pflegeleistungen mit einer Öffnungsklausel zugunsten der übrigen Landesbehörden betrieben.

Der ressortübergreifend ermittelte Bedarf ließ schon im Einführungsstadium der Software mehrere Nutzer erwarten, so dass der Erwerb einer Landeslizenz als wirtschaftlichste Alternative angezeigt war.

Im Hinblick auf notwendige technische Interoperabilitäten, wirtschaftliche Einsatzmöglichkeiten und das Corporate Design macht es Sinn, dass sich alle Landesbehörden bei Bedarf der vorhandenen Landeslizenz bedienen.

FMS Formular-Management-System

Formulare sind ein elementarer Bestandteil der Kommunikation zwischen Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft. So zeigen Erfahrungen des Dienstleistungsportals des Bundes, dass von den zehn am häufigsten nachgefragten Formularen fünf im Zuständigkeitsbereich des Landes liegen. Deshalb ist der Auf- und Ausbau des Formularservice für die elektronische Kommunikation zwischen der Verwaltung und deren Klienten besonders wichtig; Formulare werden künftig in breitem Umfang in digitaler Form über das Verwaltungsportal bereitgestellt.

Zur Erweiterung des Leistungsspektrums der Landesverwaltung, der Erschließung von Einsparpotentialen und der Effizienzsteigerung in der Verwaltung sollen Dienstleistungen transaktionsfähig gestaltet werden. In der Fortentwicklung des bisherigen Leistungsspektrums sollen daher intelligente elektronische Formulare (eFormulare) angeboten werden, auch wenn im ersten Schritt eine vollständige elektronische Abwicklung von Antragsverfahren noch nicht möglich sein wird.

Der IT-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24. Juni 2004 beschlossen, ein leistungsfähiges Formular-Management-System auszuschreiben. Der LDI wurde beauftragt die Ausschreibung durchzuführen., um das den fachlichen und wirtschaftlichen Anforderungen der Landesverwaltung am ehesten entsprechende Produkt

zu ermitteln. Nach Zuschlagserteilung wurde die Infrastruktur inzwischen schon aufgebaut und pilotiert.

Das FMS wird als zentral betriebene Mandantenlösung beim LDI eingesetzt, wobei aufgrund der erworbenen Landeslizenz auch weitere dezentrale Installationen bei Landesbehörden betrieben werden können. Besondere Merkmale der ausgewählten Lösung sind:

- › elektronisches Anbieten der von Verfahrensbeteiligten eingegebenen Daten in Verbindung mit dem rlp-Service24 für die Weiterverarbeitung in Fachverfahren,
- › das Bereitstellen eines Werkzeugs für die Erstellung von barrierefreien Formularen und
- › die Vermeidung einer Vielzahl dezentraler Lösungen. Mit der Einführung eines Formularservice sind insbesondere folgende Synergieeffekte verbunden:
- › Erleichterung bzw. Einsparung von Behördengängen für die Kunden der Verwaltung,
- › Entlastung der Mitarbeiter in allen Verwaltungsebenen von Routineaufgaben wie z.B. Vorhaltung, Ausgabe, Versand von Formularen, Dateneingabe,
- › elektronische Abwicklung von behördeninternen Prozessen (bspw. Urlaubsbewilligung) und Weitergabe der gewonnenen Erkenntnisse an interessierte Verwaltungen,



- › Unterstützung der Entwicklung und Pflege der Formulare sowie transparente Veröffentlichung von Formularen und damit Vermeidung von Doppelentwicklungen/-pflege identischer Formulare,
- › Qualitätsverbesserung der Antragsdaten durch integrierte Plausibilitätsprüfungen und Validitätskontrollen beim Ausfüllen,
- › komfortable Personalisierung der Formulare für den internen bzw. externen Nutzer,
- › rechtsverbindliche Antragstellung durch Integration der elektronischen Signatur in einer späteren Ausbaustufe und
- › Vermeidung von individuellen Beschaffungsvorgängen für Formularlösungen durch Bereitstellung einer landesweit nutzbaren Software.

Das System sieht vor, dass an zentraler Stelle der Nutzer auf das Angebot aller Formulare oder dezentral – beispielsweise über den Internetauftritt einer Behörde – mandantenspezifisch auf die Formulare einer Behörde zugreifen kann.



4.5 Dienstleistungen des LDI

Konzentration auf drei Kernbereiche

Der Landesbetrieb Daten und Information (LDI) konzentriert sich zur stetigen Verbesserung der IT-Infrastruktur von Rheinland-Pfalz auf drei Kernbereiche: Das *rlp*-Netz inklusive der Sicherheitsinfrastruktur, den Betrieb des Rechenzentrums und auf Anwendungslösungen. Innerhalb von nur zehn Wochen wurde das

rlp-Netz zum *rlp*-Netz 2005 umgebaut, dadurch wurde die Basisinfrastruktur für die landesweite Kommunikation weiter verbessert. Durch die qualifizierte eSignatur und eine vollständige Leitungsverschlüsselung innerhalb des *rlp*-Netzes wurden neue Stufen der Sicherheit erreicht.

Im Bereich Rechenzentrum wird die Konsolidierung weiter verfolgt. Nachdem die Großrechnerverfahren am Standort Koblenz zusammengeführt wurden, stehen jetzt die Server in Mainz im Fokus. Der Rund-um-die-Uhr-Betrieb des Rechenzentrums in der Landeshauptstadt ermöglicht die durchgängige Kommunikation und Bereitstellung von Daten und Anwendungen.

Im Bereich Anwendungen liegt das stärkste Gewicht auf der Entwicklung der sogenannten „*rlp*-Middleware“. Mit dieser universell einsetzbaren, standardisierten Schnittstelle für eine sichere Transaktion zwischen dem Internet und dem geschützten *rlp*-Netz wird die Basis für eine einheitliche IT-Landschaft in Rheinland-Pfalz geschaffen werden.

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema

4.5 Dienstleistungen des LDI

Dienstleistungen des LDI

Auf Grundlage des Perspektivberichtes des LDI und der Beschlüsse des IKT-Ausschusses konzentriert sich der LDI auf die weitere Verbesserung der IT-Infrastruktur des Landes in den drei Kernbereichen:

- › rlp-Netz und Sicherheitsinfrastruktur
- › Rechenzentrumsbetrieb
- › Anwendungslösungen

Mit der Neuausschreibung und der Umgestaltung des rlp-Netzes zum rlp-Netz 2005 in der einmalig kurzen Zeit von 10 Wochen zum 31.12.2004 wird die Basisinfrastruktur für eine landesweite Kommunikation weiter gestärkt und funktional erweitert. Durch die Erweiterung der Anschlussmöglichkeiten durch Einbeziehung neuer Techniken (MPLS, DSL, Dark Fiber, öffentliche Plattformen) kann den Anforderungen hinsichtlich Bandbreitenerhöhung und Reduktion der Kosten differenziert Rechnung getragen werden.

Der hochverfügbare und nach derzeitigem Stand der Technik bereits auf bis zu 10 Gbit/s erweiterbare Backbone auf Basis der

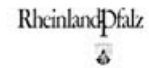
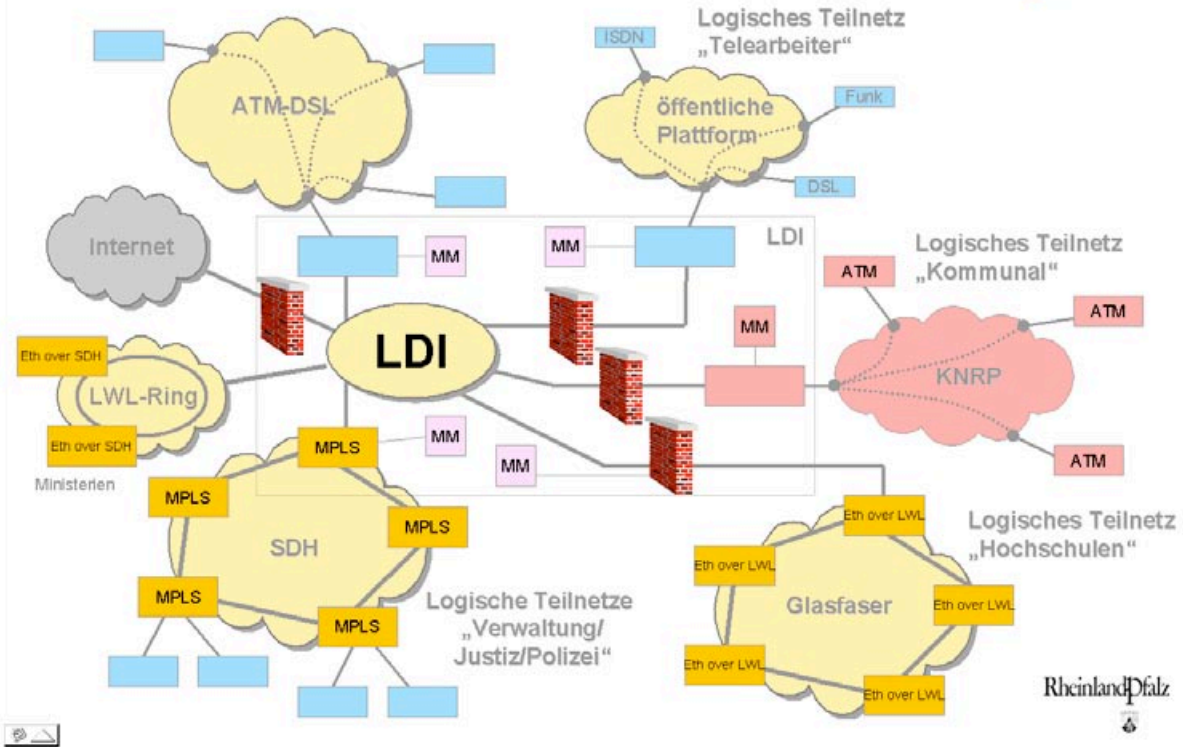
MPLS-Technologie stellt neben mehreren Priorisierungsmöglichkeiten auch die Technik zur einfachen Integration von Sprache zur Verfügung. Da im neuen Netz jeder Endanschluss über mehrere Priorisierungsmöglichkeiten verfügt und eine komplette „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“ realisiert wird, ergeben sich neue Perspektiven zur Umsetzung der eGovernment Strategie des Landes. Die Möglichkeiten bestimmte Anwendungen über das Netz zu priorisieren erlaubt den Einsatz zentraler Basis-Rechenzentrumsinfrastrukturen, für die die Investitionen nur einmal zu tätigen sind.

Mit der Neuausrichtung des rlp-Trust auf die qualifizierte digitale Signatur in Verbindung mit einer vollständigen Leitungsverchlüsselung innerhalb des rlp-Netzes werden neue Stufen der Sicherheit erreicht.

Durch das einheitliche Management und die zentrale Sicherheitsinfrastruktur ist eine kontrollierte Kopplung verschiedener – aus technischer Sicht des LDI – logischer Teilnetze wie z.B. dem Kommunal- bzw. dem Bildungsnetz aber auch mit öffentlichen Plattformen wie dem Internet oder Netzen des Bundes und der Länder (z.B. TESTA) möglich. Dieser integrative und skalierbare Ansatz ermöglicht eine flexible Reaktion auf individuelle Anforderungen von Nutzer-Gruppen, ohne das Netz-Konzept grundsätzlich ändern zu müssen.



rlp-Netz 2005





Das rlp-Netz in Verbindung mit der zentralen Sicherheitsinfrastruktur unterstützt moderne Basisdienste wie Signatur (rlp-Trust), Verzeichnisdienst und die Integration von Telekommunikationsdiensten (TK-Anlagen-Vernetzung).

Im Bereich Rechenzentrum wird der eingeschlagene Weg der Konsolidierung konsequent weiter verfolgt. Neben der vollzogenen Zusammenführung der Großrechnerverfahren am Standort Koblenz steht jetzt die Konsolidierung der Serverlandschaft am Standort Mainz im Fokus. Durch den Rund-um-die-Uhr-Betrieb (24 Stunden an 7 Tagen der Woche) des Rechenzentrums in Mainz in Verbindung mit dem rlp-Netz wird die durchgängige Kommunikation und Bereitstellung von Daten und Anwendungen für die Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft ermöglicht.

Durch eine Optimierung der Datenspeicherung, -sicherung und -archivierung soll der stetig steigende Informationsbedarf kundentorientiert unterstützt werden. Die dabei eingesetzten Techniken wie Storage Area Network (SAN), Hierarchical Storage Management (HSM) setzen jedoch neben einer Konsolidierung auch eine Standardisierung voraus.

Auch im Bereich der Anwendungen soll durch die Schaffung einer standardisierten Schnittstelle (Middleware) eine Integri-

on von verschiedenen Fachverfahren und Technologien erreicht werden.

Mit der angestrebten Erweiterung des rlp-Service24 in Richtung einer universell einsetzbaren Middleware für eGovernment durch Schaffung standardisierter Schnittstellen zu Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft, Unterstützung von Standards für den Datentransport (z. B. OSCI, XML), Einbindung von Standard-Services (z. B. FMS, CMS, DMS) soll die Basis für eine einheitliche und durchgängige IT-Landschaft geschaffen werden. Damit wird zum einen Transparenz sowie eine signifikante Senkung der Kosten erreicht und zum anderen die Komplexität der über Jahrzehnte gewachsenen IT-Strukturen nachhaltig reduziert.



4.6 Körperschaftsübergreifende Zusammenarbeit

Kooperation auf allen Ebenen

Ein weiteres Grundelement von eGovernment ist die körperschaftsübergreifende Interoperabilität. Die Kooperation mit den Kommunen und deren Spitzenverbänden wird von der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung auch in Zukunft weiter ausgebaut werden. Natürlich setzt das Land Rheinland-Pfalz auch auf die enge Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund.

› Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text

4.6 Körperschaftsübergreifende Zusammenarbeit

Körperschaftsübergreifende Zusammenarbeit

Die körperschaftsübergreifende Interoperabilität ist elementarer Bestandteil des eGovernment. Dabei bedingt die kommunale Selbstverwaltung naturgemäß erhöhte Anstrengungen bei der Erstellung körperschaftsübergreifender Verfahren. Die Landesverwaltung wird deshalb bei der Verwirklichung von eGovernment die Zusammenarbeit mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden weiter ausbauen und Kooperationen zwischen kommunalen Verwaltungen unterstützen.

Für die Einführung der elektronischen Signatur hat das ISM bereits mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Zusammenarbeit vereinbart. Die kommunalen Verwaltungen und die Landesverwaltung werden eine gemeinsame Technik bei der elektronischen Signatur einführen und nutzen.

Auf der anderen Seite arbeitet das Land Rheinland-Pfalz weiterhin bei der Gestaltung und Umsetzung von eGovernment eng mit den anderen Bundesländern und dem Bund zusammen. Dieses betrifft sowohl die Gestaltung konkreter Verwaltungsabläufe als auch die der technischen und organisatorischen Grundlagen.



Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Innern und
für Sport des Landes
Rheinland-Pfalz

Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz
Tel. 0 61 31.16 - 0
Fax 0 61 31.16 - 35 95
eMail poststelle@ism.rlp.de
Internet <http://ism.rlp.de>

Der Herausgeber ist nicht für den Inhalt externer Links
verantwortlich.

Layout, Illustrationen:

artfive, Mainz
www.artfive.de

Redaktion:

Werner Krause (ISM)
Thomas Webler (ISM)

Zusätzliche Texte (*Überblick*):

Caroline Jerchel



Anhang

Anhang 1	Abkürzungs-Verzeichniss
Anhang 2	Fussnoten
Anhang 3	Allgemeine eGovernment-Links
Anhang 4	RLP-Netzkarte 2005
Anhang 5	existierende eGovernment-Projekte und Leistungen im tabellarischen Überblick

Anhang 1

Abkürzungsverzeichnis

ATM-DSL	Die „digitale Anschlussleitung“ (s.u.) wird über das Weitverkehrsnetz durch einen zellenvermittelnde Transportmechanismus ATM (Asynchroner Transfer Modus) weitergeführt.
BKSt	Beratungs- und Koordinierungsstelle
CMS	Content-Management-System
Dark Fiber	Glasfaserübertragungsweg ohne Module zur Umsetzung der elektrischen Signale auf Lichtimpulse (unbeleuchtet)
DHTML	Dynamic Hypertext Markup Language
DSL	„Digital Subscriber Line“ (digitale Anschlussleitung), kostengünstige Technik um auf den zwei Drähten zur Endlokation hohe Datenraten übertragen zu können.

ePayment	Web-Service-basierte Zahlungsplattform
eProcurement	elektronisches Beschaffungswesen
Eth over LWL	Übertragung des Ethernet-Protokolls über Lichtwellenleiter
FMS	Formular-Management-System
GDI-DE®	Geodateninfrastruktur Deutschland
HSM	Hierarchical Storage Management
HTML	Hypertext Markup Language
IMAGI-RLP	Interministerieller Ausschuss für Geoinformation Rheinland-Pfalz
IRMA	Integriertes Rheinland-pfälzisches Mittelbewirtschaftungs- und Anordnungssystem
ISM	Ministerium des Innern und für Sport

KDZ	Kommunale Datenzentrale in Mainz
KNRP	Kommunalnetz Rheinland-Pfalz
KommWis	Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH, Mainz
KoopA	Kooperationsausschuss ADV Bund/Länder/kommunaler Bereich
LDI	Landesbetrieb Daten und Information
LWL-Ring	Landeseigene Lichtwellenleiter in Mainz, die als Übertragungswege für die Kommunikation zwischen den Ministerien genutzt werden
MM	Management-Systeme zur Überwachung und Konfiguration der Hardware im Netz

MPLS	Multi-Protocol Label Switching vereint unterschiedliche Protokolle in einem Router und kombiniert die Vorteile von Switching mit Routing. Z.Zt. das effektivste Verfahren um Bandbreiten im einem Weitverkehrsnetz optimal auszunutzen
öffentliche Plattformen	Z.B.: das für jeden zugängliche und nutzbare ISDN-Telefonie-Netz oder die Mobilfunknetze
OSCI	Online Services Computer Interface
RIVAR	Rheinland-Pfälzisches Informations-, Vorgangsbearbeitungs-, Auswertungs- und Recherchesystem
rlp-Trust	Das Trustcenter des LDI für das Land RLP
SAGA	Standards und Architekturen für eGovernment-Anwendungen
SAN	Storage Area Network

SDH	Synchrone Digitale Hierarchie
Single-Sign-on	Zentraler Verzeichnisdienst für Zugriffsberechtigungen auf eGovernment-Anwendungen (vgl. Active Directory Service in Lokalen Netzwerken)
TESTA	Trans-European Services for Telematics between Administrations
VEMAGS	Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte
VPN	virtual private network
VPS	Virtuelle Poststelle
VZD	Verzeichnisdienst
XML	extensible Markup Language



Anhang 2

Fussnoten

- 1 Nach einer Definition der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 2 Die vorliegenden Verfahrensinformationen können von den Ressorts auf elektronischem Wege abgerufen werden.
vgl. Anlage 2
- 3
- 4 TESTA (**T**rans-**E**uropean **S**ervices for **T**elematics between **A**ministrations)
www.testa-de.net,
www.koopa.de
- 5 www.deutschland-online.de
- 6 VEMAGS - Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte
www.deutschland-online.de/Vorhaben/vorhaben1.htm
www.hessen-egovernment.de/mm/29.pdf
- 7 OSCI - Online Services Computer Interface
www.osci.de
- 8 Beschluss des KoopA Nr. 2 - 09/2003
www.koopa.de

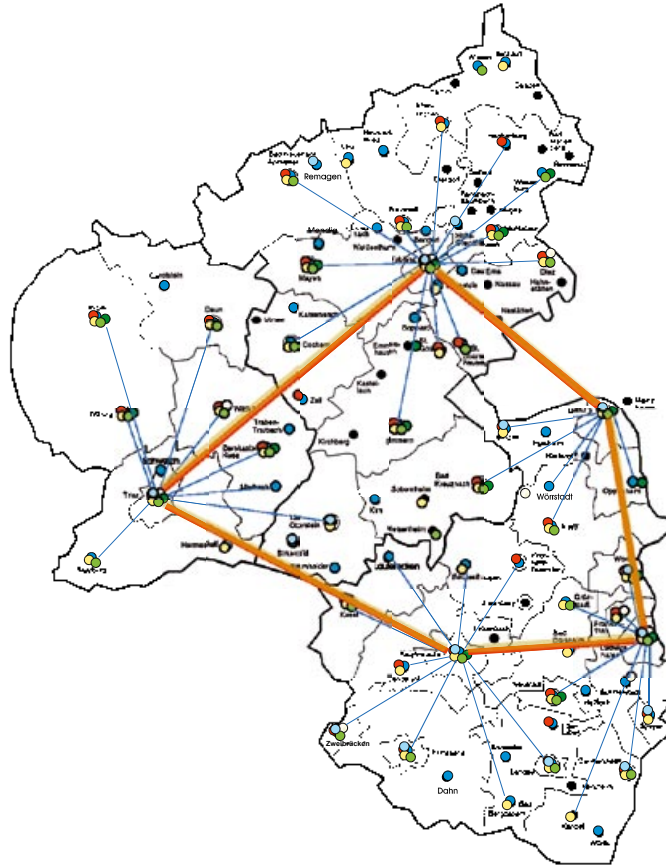


Anhang 3

Allgemeine eGovernment-Links

www.rlp.de	Landesregierung Rheinland-Pfalz
www.signatur.rlp.de	Signatur-Initiative Rheinland-Pfalz
www.rlp-inform.rlp.de	Multimedia in Rheinland-Pfalz
www.ldi.rlp.de	Landesbetrieb Daten und Information

Anhang 4
RLP-Netz 2005





nr	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kommunikation		Kommunikation		Kommunikation		Kommunikation		Kommunikation		Kommunikation	
					Eintritt	Planung	Eintritt	Planung	Eintritt	Planung	Eintritt	Planung	Eintritt	Planung	Eintritt	Planung
1	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	DOMEA in der Staatskanzlei	Die DOMEA-Registrierung ist bereits im Echtbetrieb. Auf dieser Basis sollen nun die Verwaltungsprozesse der einzelnen Fachbereiche abgebildet werden.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
2	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	Bürgerbüro	Im Bereich des Bürgerbüros soll die elektronische Akte und ein Workflow für die Bearbeitung von Bürgeranfragen eingerichtet werden.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
3	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	eKIS	Ein elektronisches Kabinettsinformationssystem auf der Basis von DOMEA soll die Vorbereitungen der Kabinetts-Sitzungen ressortübergreifend unterstützen.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
4	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	Bura	Ein neues Verfahren zur Registrierung und Verwaltung des Bundesrats- und EU-Schriftgutes unter Einbindung von DOMEA. Dieses Verfahren dient insbesondere auch der Vorbereitung der Sitzungen des Bundesrates.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
5	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	Orden	Aufbau einer neuen Datenbankanwendung für die Erfassung von Orden und Ehrenzeichen unter Einbindung von DOMEA.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
6	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	rlp-inform	Schaffung einer neuen Internetplattform für die Multimediainitiative des Landes Rheinland-Pfalz.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
7	02 Staatskanzlei	Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116, Mainz	Bibliothek	Ressortübergreifende Einführung eines Bibliotheksportals und einer gemeinsamen Bibliotheksanwendung (Alephino). Onlinedienste und CD-ROMs sollen auch integriert werden.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
258	02 Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union	Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union, In den Ministergärten 6, 10117, Berlin	DOMEA in der Landesvertretung	DOMEA standortübergreifender Zugriffsmöglichkeiten auf sämtliche in der Registratur erfassten Metadaten und elektronisch gespeicherte Dokumente, Automatisierung des Imports von elektronischen Dokumenten und E-Mails	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
248	03 Ministerium des Innern und für Sport	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Kommunale Förderverfahren Dorferneuerung/Investitionsstock/Stadterneuerung	Automatisierte Abwicklung der Zuwendungsverfahren von der Antragstellung bis zur Verwendungsnachweisprüfung.	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch
272	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	Verwaltungsportal	Das Verwaltungsportal www.verwaltung.rlp.de bietet einen zentralen Zugang zu allen behördlichen Informationen und Service-Angeboten der Verwaltung. Es präsentiert Informationen beziehungsweise Links zu rund 600 Landesbehörden und allen Kommunalverwaltungen - einschließlich der Ortsgemeinden - in Rheinland-Pfalz - ressortübergreifendes Vorhaben -	Eintritt	Planung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Ziele									
					Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsstandes	Verbesserung der Personalverwaltung	Verbesserung der Qualität der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Kostenreduzierung	Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsstandes	Verbesserung der Personalverwaltung	Verbesserung der Qualität der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Kostenreduzierung
617	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	DMS DOMEA, landesweit	Beratung, Koordinierung und Steuerung bei der Einführung der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung unter Verwendung des Produkts DOMEA	Umsetzung	hoch	hoch	gering	mittel	hoch	mittel	hoch	ja	
140	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	eProcurement	Einrichtung einer Bestellplattform für VOL-Güter und einer Vergabepattform zur Unterstützung von formalen Vergaben aus den Bereichen VOL, VOB und VOF - ressortübergreifendes Vorhaben -	Planung	hoch	gering	hoch	gering	mittel	hoch	hoch	ja	
146	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	Bibliothekportal	Verbesserung der Zusammenarbeit der rheinland-pfälzischen Behördenbibliotheken durch die Einrichtung eines Bibliotheksportal	Planung	hoch	mittel	gering	mittel	hoch	gering	hoch	ja	
215	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Automatisiertes Mail-Antwort-System (AMAS)	Programmgestützte Entgegennahme einer Datenanforderung per E-Mail, Datengewinnung und Datenübermittlung über E-Mail	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	
218	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	ALB-Online	Direktabrufverfahren zum Automatisierten Liegenschaftsbuch	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	
219	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Internet Shop	Elektronisches Bestellsystem von Produkten der Vermessungs- und Katasterbehörden	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	
220	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	ATKIS	Führung des Amtlichen topographisch-kartographischen Informationssystems	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	
221	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	DASY-Online	Direktabrufverfahren der digitalen Liegenschaftskarte	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	
223	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Erhebungs- und Qualifizierungskomponente ALKIS	Erhebungs- und Qualifizierungskomponente zum Amtlichen Liegenschaftskataster Informationssystem	Planung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	ja	



Rp-Numm.	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RP-Netzes									
					Kostenstellen	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Wirtschaftlichkeit	Stärkung des Informationsportals Rheinland-Pfalz	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Qualität
224	03 Ministerium des Innern und für Sport	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Stiftungen	Bearbeitung und Genehmigung von Stiftungen, Veröffentlichung des Stiftungsverzeichnisses Rheinland-Pfalz		gering	hoch	hoch	mittel	hoch	gering	hoch	gering	ja
225	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Geobasisdatenserver	Bereitstellung der Geobasisinformationen und Bodenrichtwerte zum Abruf oder zur Bestellung über Internet	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	ja
226	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Datenhaltungskomponente AFIS, ALKIS, ATKIS	System zur Führung und Übermittlung (Abrufverfahren) der Geobasisinformationen (Festpunkte, Liegenschaftskataster und Topographische Informationen)	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	ja
231	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	SAPOS	Bundesweite Vernetzung der Referenzstationen des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessung und Direktabruf von Daten zur Verbesserung der Positionsbestimmung mit differentiellen GPS-Verfahren	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	gering	mittel	mittel	mittel	ja
233	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 15, 56073, Koblenz	Geodokumentenmanagementsystem	Digitale Archivierung von Dokumenten mit Bezug zu ihrer Lage auf der Erdoberfläche einschließlich Direktabrufverfahren	Einsatz	hoch	hoch	mittel	gering	hoch	gering	gering	gering	ja
234	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Land Rheinland-Pfalz, Abteilung Raumordnung und Landesplanung, Kaiserstr. 32, 55116, Mainz	Internetgestützte Öffentlichkeitsbeteiligung und Vorgangsbearbeitung	Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des LEP IV soll ein Online-Verfahren eingesetzt werden.	Umsetzung	mittel	hoch	hoch	gering	hoch	gering	gering	gering	ja
244	03 Ministerium des Innern und für Sport	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	INKA - Informationssystem Krisenmanagement bei der ADD	IT-Unterstützung bei der Stabsarbeit im Brand- und Katastrophenschutz der ADD durch Einsatz eines Dokumentmanagementsystems (DMS). Der Einsatz von DMS in der Stabsarbeit soll eine revisionssicher nachweisbare Dokumentation gewährleisten und die Recherchierbarkeit der Ein- und Ausgänge verbessern.	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	ja
246	03 Ministerium des Innern und für Sport	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Gemeindedaten online	Im Intranet der ADD werden Grunddaten für jede rlp-Gebietskörperschaft zur Recherche bereitgestellt.	Umsetzung	mittel	mittel	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	ja



Rp-Item	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RP-Netzes										
					Stärkung des Wirtschaftspotential Rheinl-Pfalz	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Zeitvorteil	Kostenvorteil	Stärkung moderner Personalführungskonzepte	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Qualitätssteigerung	Unersetzbarkeit	Stärke	Stärke
275	03 Ministerium des Innern und für Sport	Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz, Lindenallee 41 - 43, 56077, Koblenz	DOMEA in der LFKS	IT-Unterstützung bei der Sachbearbeitung durch den Einsatz eines Dokumentenmanagementsystems	Umsetzung	mittel	mittel	mittel	mittel	mittel	hoch	gering	nein		
276	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Außenstelle Bad Ems, Römerstraße 41, 56130, Bad Ems	Wunschkennzeichen	Wunschkennzeichenreservierung im Internet und händlervorbereitende Zulassung + Übernahme von Tuv Gutachten (Projektphase)	Einsatz	hoch	mittel	hoch	gering	hoch	hoch	mittel	ja		
277	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	Landesintranet	Informationsplattform für öffentliche Stellen des Landes Rheinland-Pfalz	Einsatz	mittel	hoch	gering	gering	mittel	mittel	mittel	ja		
278	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	Internet-Präsentation der Polizei Rheinland-Pfalz	Präsentation der Polizei Rheinland-Pfalz in der Öffentlichkeit mit Fahndungs-, Presse- und Veranstaltungsdatenbank und angeschlossener Mailingdienste	Einsatz	mittel	hoch	hoch	gering	gering	hoch	gering	ja		
279	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	www.auktion-24.net	Versteigerungsplattform der Polizei Rheinland-Pfalz für Fahrzeuge und EDV-Komponenten	Einsatz	hoch	hoch	gering	mittel	mittel	hoch	gering	ja		
280	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	INTRAPOL.RLP	Intranet (Mitarbeiterportal und Wissensplattform) der Polizei Rheinland-Pfalz	Umsetzung	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	gering	gering	ja		
281	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	RIVAR	Rheinland-Pfälzisches Informations-, Vorgangsbearbeitungs-, Auswerte- und Recherchesystem der Polizei	Einsatz	hoch	hoch	mittel	mittel	hoch	mittel	gering	ja		
605	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Valenciaplatz 6, 55118, Mainz	rip-Middleware	Die rip-Middleware bildet die Basisarchitektur für eGovernment in Rheinland-Pfalz. Für die Einbindung von Fachverfahren in die eGovernment-Strategie ist neben der Bereitstellung von Basisdiensten und Dienstleistungen auch die Einrichtung zentraler technischer Funktionalitäten, die durch unterschiedliche Dienste und Behörden genutzt werden können, sowie von „Einer für Alle“-Dienstleistungen (Efa-Dienstleistungen), die von mehreren Behörden gleich oder ähnlich erbracht werden, notwendig. Dieses begründet den Bedarf an einer "rip-Middleware", die eine Reihe vielfach erforderlicher Dienste bereitstellt. Sie wird eine technologische Plattform darstellen, über die Bürger und Wirtschaft sicher und medienbruchfrei mit der Verwaltung kommunizieren können.	Planung	hoch	hoch	mittel	mittel	mittel	hoch	hoch	ja		



RP-Item	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kernvorteile										
					Einsatz	hoch	hoch	gering	gering	gering	mittel	mittel	gering	ja	
					Stärkung des Wirtschaftsinformationskonzepts	Verbesserung der Personal- und Sachmittelverwendung	Verbesserung der Qualität der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Zeitvorteil	Kostenvorteil	Nutzung d. RP-Netzes	Nutzung d. RP-Netzes	Nutzung d. RP-Netzes	Nutzung d. RP-Netzes	Nutzung d. RP-Netzes
606	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Valenciaplatz 6, 55118, Mainz	http-Service24	Sicherer HTTP-Transport in sichere Netzbereiche. Nach Fertigstellung der sog. rlp-Middleware wird der http-Service24 integraler Bestandteil derselben.	Einsatz	hoch	hoch	gering	gering	gering	mittel	mittel	gering	ja	
608	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Valenciaplatz 6, 55118, Mainz	Zentrales Formularmanagementsystem (FMS)	Das System sieht vor, dass an zentraler Stelle der Nutzer auf das Angebot aller Formulare oder dezentral – beispielsweise über den Internetauftritt einer Behörde – mandantenspezifisch auf die Formulare einer Behörde zugreifen kann. Besondere Merkmale der ausgewählten Lösung sind: - elektronisches Anbieten der von Verfahrensbeteiligten eingegebenen Daten in Verbindung mit dem http-Service24 für die Weiterverarbeitung in Fachverfahren - das Bereitstellen eines Werkzeugs für die Erstellung von barrierefreien Formularen und - die Vermeidung einer Vielzahl dezentraler Lösungen.	Einsatz	hoch	hoch	mittel	gering	mittel	hoch	mittel	gering	ja	
616	03 Ministerium des Innern und für Sport	Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz, Lindenallee 41 - 43, 56077, Koblenz	Lehrgangsanmeldung und -verwaltung für LFKS	BUSY-Online (Lehrgangsanmelde und Buchungssystem online) bildet ein Modul im Rahmen der Umsetzung der DMS Gesamtkonzeption für die LFKS. Mit dieser Web-Portallösung erhalten die "Kunden" der LFKS (= insbesondere kommunale Aufgabenträger des Brand- und Katastrophenschutzes) die Möglichkeit, Übersichten über Stand der Lehrgangsanmeldung und -auslastung abzurufen und sich vollelektronisch anzumelden.	Umsetzung	hoch	hoch	mittel	mittel	gering	mittel	gering	nein		
239	04 Ministerium der Finanzen	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstr. 3-5, 56068, Koblenz	Sozialer Mietwohnungsbau	Weiterhin ist in 2005, 2006 die Einrichtung eines Web-Servers sowie von weiterer Unterstützung der Lehrgangsanmeldung und -verwaltung vorgesehen.	Einsatz	mittel	hoch	mittel	gering	hoch	gering	gering	ja		
322	04 Ministerium der Finanzen	Oberfinanzdirektion Koblenz - Landesabteilung, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17, 56073, Koblenz	CARIN - Reisekostensystem Carla im Intranet	Mit CARIN sollen die Bediensteten der Finanzverwaltung künftig an Stelle der bisherigen Word-Vorlagen den Dienstreiseantrag und die –Abrechnung erstellen. Die Daten werden hierzu gespeichert und stehen bei Nutzung der Anwendung zur Verfügung. Die Abrechnungsdaten werden zusätzlich an die Reisekostenstelle übermittelt - die bisher notwendige doppelt bzw. Mehrfacherfassung entfällt. Zur Zeit befindet sich die Anwendung im Piloteinsatz bei der Oberfinanzdirektion.	Umsetzung	hoch	mittel	gering	gering	gering	gering	gering	ja		
343	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	DTA-LRP	Datenaustausch der Landeskasse mit der Landesbank RP. Es werden alle Auszahlungsvorgänge aus dem Kassenvorfahren, die über die LRP abgewickelt werden, per Datenträgeraustausch durchgeführt	Einsatz	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering	gering	nein		



Nr. 1989	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RP-Netzes											
					Einsetzung	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering	gering	ja	ja		
					Unserstützung moderner Personal-Funktionskonzepte	Verbesserung der Aufgabenstellung	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Stärkung des Wirtschaftspotentials Rheinl.-Pfalz	Verbesserung der Zusammenarbeit	Nutzung d. RP-Netzes					
					Kostenverteilung	Zeitvorteil	Einsetzung	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering	gering	ja	ja
344	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Schuldenverwaltung VIAKSD+SDW	Verwaltung der Kredite des Landes mit elektronischer Auszahlung der Zinsen und Tilgungen an den Gläubiger.	Einsetzung	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering	gering	gering	gering	ja	ja
345	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Finanzhilfverfahren	Erfassung der Daten für den Finanzhilfebericht durch andere Landesdienststellen. Erstellung der Datenblätter des Finanzhilfeberichtes und elektronische Übersendung an den LT.	Umsetzung	mittel	hoch	mittel	gering	hoch	gering	gering	gering	gering	ja	ja
346	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	IRMA/WebIRMA	Mittelbewirtschaftung der Landesdienststellen von dem elektronischen Einlesen des Kassenanschlages bis zur elektronischen Zahlbarmachung in den Landeskassen. Zur Zeit erfolgt eine Ausschreibung um das Verfahren auf Internettechnologie umzustellen, deren Einsatz für 2006 geplant ist.	Einsetzung	mittel	mittel	gering	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja
347	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Beihilfedatenbank	Bereitstellung von Beihilfeinformationen an alle Beihilfestellen bundesweit. Die Informationen wurden bislang in Papierform verteilt und werden zukünftig mittels einer datenbankgestützten Web-Anwendung online verfügbar gemacht werden.	Planung	hoch	hoch	mittel	gering	hoch	gering	gering	gering	gering	ja	ja
348	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	FMKasse	Die Daten der Landeskassen werden elektronisch im StaLa Bad Ems zusammengeführt. Von dort importiert das FM das tägliche Kassen-Ist und stellt es in elektronischer Form (Datenbank) den Ressorts online zur Verfügung	Einsetzung	mittel	hoch	gering	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja
349	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	RPBudget	Die ZBV teilt dem FM zweimal monatlich die gesamten Personalausgaben des Landes per CD mit. Das FM liest diese in eine Datenbank ein und stellt diese online den Ressorts zur Verfügung. Die Ressorts geben die Daten dann elektronisch an ihren nachgeordneten Bereich weiter.	Einsetzung	mittel	hoch	hoch	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja
350	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Personal.xls	Das FM stellt den Ressorts eine mit MS Excel programmierte standardisierte Anwendung zur Verfügung mit deren Hilfe die Ressorts ihre Personalausgaben nach verschiedenen Kriterien auswerten und Berichte erstellen können.	Einsetzung	mittel	hoch	gering	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja
351	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Frauenförderplan	Die Software dient zur Datenerfassung der für den „Bericht nach dem LGG“. Die Daten werden auch im nachgeordneten Bereich erfasst und in elektronischer Form an das FM geliefert. Diese schickt die Daten elektronisch an das MBFJ.	Einsetzung	mittel	hoch	gering	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja
352	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	Mietwohnungsbauförderung	Accessanwendung mit Datenaustausch per Exceltabellen zwischen SGD/LRP/FM. Daten werden verschlüsselt per Mail übertragen.	Einsetzung	gering	mittel	gering	gering	mittel	gering	gering	gering	gering	ja	ja

Sp. 7 ID-Nr.	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kostenvorteil		Zeitaufwand		Nutzung d. RL-P-Netzes		
					Stärkung des Wirtschaftsinformationskonzepts	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Stärkung des Wirtschaftsinformationskonzepts	Verbesserung der Zuverlässigkeit	
					Einsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	gering	ja
353	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	HAVWeb	HAVWeb, als ein webbasiertes Verfahren, ist eine fachliche und technische Weiterentwicklung der bereits eingesetzten Software HAVWin. HAVWeb unterstützt sämtliche Phasen der Haushaltsaufstellung eines Landes. Dabei bezieht das Programm alle Ressorts in bestimmten Planungsphasen online in die Haushaltsaufstellung ein und ermöglicht allen Anwendern zu jeder Zeit einen Überblick über den aktuellen Stand der Planungen. HAV-Web dient zur Aufstellung von Einzel-, Doppel- und Nachtragshaushalten. Daneben gewährleistet das Programm einen qualitativ hochwertigen Haushaltsplandruck bei reduziertem Zeitaufwand.	Einsetzung	mittel	hoch	gering	mittel	gering	ja
355	04 Ministerium der Finanzen	Oberfinanzdirektion Koblenz - Landesabteilung, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17, 56073, Koblenz	Personalausgabenbudgetierung (PAB)	Web-basiertes Instrument zur Planung und Steuerung der Ausgaben im Personalbereich auf Grundlage der monatlichen Bezügezahlungen der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)	Einsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	gering	ja
610	04 Ministerium der Finanzen	Oberfinanzdirektion Koblenz - Landesabteilung, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17, 56073, Koblenz	SeminarIS Online - Fortbildungskatalog im Intranet	SeminarIS Online ermöglicht es den Bediensteten der Finanzverwaltung sich den Fortbildungskatalog online (Intranet) anzeigen zu lassen, sich für ausgewählte Seminare anzumelden. Außerdem kann sich der einzelne Bedienstete seine Fortbildungshistorie anzeigen lassen. Bei der Anmeldung zu einem Seminar wird die Buchungsanfrage automatisch an den zuständigen Fortbildungsleiter weitergeleitet, welcher dann seine Stellungnahme (Teilnahme/Nichtteilnahme) zum Seminar abgeben kann (Workflow). Die Anmeldungen gelangen automatisch in die entsprechende Datenbank, wonach eine zusätzliche Erfassung der Buchungsdaten entfällt.	Umsetzung	hoch	hoch	gering	mittel	gering	ja



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Bewertungskriterien										
					Kosten/ Nutzen	Zeitvorteil	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Stärkung des Wirtschaftsanspruches Rheinl.-Pf.	Verbesserung der Zusammenarbeit	Nutzung d. RP-Netzes	Qualitätssteigerung	Modernisierung	Personalführungskonzepte	Status
611	04 Ministerium der Finanzen	Oberfinanzdirektion Koblenz - Landesabteilung, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17, 56073, Koblenz	Informationssystem Online (Info)	Info ist ein Volltextsuchsystem für Verwaltungsdokumente und wird als Intranet-Anwendung bereitgestellt. Neben einer Volltextsuche ist auch eine strukturierte Suche nach Zusatzinformationen wie z.B. Aktenzeichen, Stand oder Autor möglich. Alle für die tägliche Arbeit verbindlichen Informationen (z.B. Verfügungen, Karteien, BMF-Schreiben, die von der Verwaltung zur Veröffentlichung bestimmt sind) werden so weit wie möglich im Info zur Verfügung gestellt. Info bietet eine komfortable Benutzeroberfläche und ist durch die Verwendung grafischer Elemente intuitiv bedienbar. Beim Aufruf von Info wird immer eine Liste der neu veröffentlichten bzw. geänderten Dokumente angezeigt. Eine umfassende Suchfunktion erleichtert das Auffinden von Dokumenten. Info besteht aus einer Web-basierten Suchanwendung, einer ebenfalls Web-basierten Publishing - Anwendung zur Veröffentlichung von Dokumenten, einer einheitlichen Importschnittstelle und verschiedenen Batch - Verarbeitungen (z.B. zur Volltextindizierung). Info ist in Java geschrieben und basiert im wesentlichen auf Open Source Software.	Einsatz	mittel	mittel	gering	gering	mittel	gering	gering	mittel	gering	nein
612	04 Ministerium der Finanzen	Oberfinanzdirektion Koblenz - Landesabteilung, Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17, 56073, Koblenz	IABV - Integriertes automatisiertes Besteuerungsverfahren	Mit dem Integrierten automatisierten Besteuerungsverfahren sind die Arbeitsabläufe in den Finanzämtern ganzheitlich organisiert, prinzipiell auf der Grundlage einer elektronischen Vorgangsbearbeitung und Aktenführung. Das grundlegende, strategische Ziel der Verwaltungsmodernisierung in der Steuerverwaltung ist das Erreichen einer ausschließlich elektronischen Kommunikation zwischen Steuerverwaltung und Bürger und die vollmaschinelle Veranlagung auf der Grundlage einer maschinellen Risikoanalyse. Die Steigerung des Anteils elektronischer Steuererklärungen ist neben der Ausweitung von Risikomanagementsystemen der strategische Ansatz, über eine Reduktion von Bearbeitereingabe und Falldichte die beiden Aspekte der Verwaltungsmodernisierung, nämlich Effizienzsteigerung und bessere Leistungen, die sich an den gewandelten Anforderungen von Bürgern und Wirtschaft orientieren, konstruktiv miteinander zu verknüpfen (vgl. auch Elektronische Steuererklärung (ELSTER)). Die maschinelle Risikoanalyse ermöglicht die Konzentration der materiellrechtlichen Prüfung auf die entsprechend den Selektionskriterien bedeutsamen Fallgestaltungen. Das V	Einsatz	hoch	hoch	hoch	mittel	mittel	mittel	gering	gering	ja	



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Ziele und Vorteile										
					Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinl.-Pf.	Nutzung d. RLP-Netzes	Verbesserung der Zusammenarbeit	Verbesserung der Dienstleistung	Qualitätssteigerung	Verbreiterung der Aufgabenerfüllung	Zeitvorteil	Kostenvorteil	Stärke	Umsatz	
613	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	FISCUS	Die zunehmende Nutzung elektronischer Steuererklärungen durch Bürger und Unternehmen verstärkt die notwendigen Arbeiten zur Optimierung der internen wie länderübergreifenden Verwaltungsprozesse auf der Grundlage eines umfassend möglichen, effizienten Informations- und Datenaustauschs ohne Medienbrüche. FISCUS ist ein gemeinsames Projekt der Länder und des Bundes. Es verfolgt das Ziel, das gesamte Besteuerungsverfahren auf der Basis eines bundeseinheitlichen Datenmodells in einem arbeitsteiligen Vorgehen neu zu konzipieren. Schnelle Bearbeitungszeiten, bürgerfreundliche Verfahren, Senkung der Arbeitsbelastung, schnelle Reaktion auf Änderungen des Steuerrechts sowie zeitnahe und vollständige Ausschöpfung vorhandener Steuerquellen sind wesentliche Anforderungen, die das bisherige Verfahren immer weniger erfüllen kann. Durch die Realisierung neuer Verfahrenslösungen und die Modernisierung der Infrastruktur soll die Funktionsfähigkeit der Steuerverwaltung auch in Zukunft erhalten werden. Zur Reduktion der hohen Komplexität und zwecks Berücksichtigung des sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Wissensträger	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering
614	04 Ministerium der Finanzen	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116, Mainz	ELSTER	ELSTER (Elektronische Steuererklärung) ist ein Projekt der deutschen Steuerverwaltung, das die sichere elektronische Übermittlung von Steuerdaten zum Ziel hat. Der Grundgedanke bei der Entwicklung von ELSTER ist eine externe Schnittstelle, mit der aus den verschiedensten Computeranwendungen steuerliche Daten auf elektronischem Weg an die Finanzverwaltung übermittelt werden können. Ziel ist die papierlose Steuererklärung, der papierlose Steuerbescheid und die papierlose Fallbearbeitung (Veranlagung) im Finanzamt. Unterstützt werden zur Zeit folgende Steuerarten und Funktionen: - Einkommensteuererklärung - Umsatzsteuererklärung - Gewerbesteuererklärung - Steueranmeldungen - Lohnsteuerbescheinigungen - Bescheidatenabholung - elektronische Signatur (teilweise) In Arbeit bzw. Planung befinden sich: - Online-Steuerkontoabfrage - ElsterOnline-Portal (Betriebssystemunabhängigkeit, Authentifizierung) - Übermittlung von Steuerbescheinigungen (KapEst, VL) - Übermittlung von Anlagen und Belegen (Bilanzen, GuV) - Datenaustausch mit KFZ-Zulassungsstellen - Datenaustausch im Zusammenhang mit der priv	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	gering	gering	gering	gering



Rp-Item	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RLP-Netzes										
					Stärkung des Wirtschaftspotentials Rheinland-Pfalz	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Zeitvorteil	Kostenvorteil	Stärke d. RLP-Netzes	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Zeitvorteil
275	03 Ministerium des Innern und für Sport	Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz, Lindenallee 41 - 43, 56077, Koblenz	DOMEA in der LFKS	IT-Unterstützung bei der Sachbearbeitung durch den Einsatz eines Dokumentenmanagementsystems	Umsetzung	mittel	mittel	mittel	mittel	mittel	hoch	gering	nein		
276	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Außenstelle Bad Ems, Römerstraße 41, 56130, Bad Ems	Wunschkennzeichen	Wunschkennzeichenreservierung im Internet und händlervorbereitende Zulassung + Übernahme von Tuv Gutachten (Projektphase)	Einsatz	hoch	mittel	hoch	gering	hoch	hoch	mittel	ja		
277	03 Ministerium des Innern und für Sport	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3 -5, 55116, Mainz	Landesintranet	Informationsplattform für öffentliche Stellen des Landes Rheinland-Pfalz	Einsatz	mittel	hoch	gering	gering	mittel	mittel	mittel	ja		
278	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	Internet-Präsentation der Polizei Rheinland-Pfalz	Präsentation der Polizei Rheinland-Pfalz in der Öffentlichkeit mit Fahndungs-, Presse- und Veranstaltungsdatenbank und angeschlossener Mailingdienste	Einsatz	mittel	hoch	hoch	gering	gering	hoch	gering	ja		
279	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	www.auktion-24.net	Versteigerungsplattform der Polizei Rheinland-Pfalz für Fahrzeuge und EDV-Komponenten	Einsatz	hoch	hoch	gering	mittel	mittel	hoch	gering	ja		
280	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	INTRAPOL.RLP	Intranet (Mitarbeiterportal und Wissensplattform) der Polizei Rheinland-Pfalz	Umsetzung	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	hoch	gering	ja		
281	03 Ministerium des Innern und für Sport	Zentralstelle für Polizeitechnik, Valenciaplatz 2, 55118, Mainz	RIVAR	Rheinland-Pfälzisches Informations-, Vorgangsbearbeitungs-, Auswerte- und Recherchesystem der Polizei	Einsatz	hoch	hoch	mittel	mittel	hoch	mittel	gering	ja		
605	03 Ministerium des Innern und für Sport	Landesbetrieb Daten und Information, Valenciaplatz 6, 55118, Mainz	rip-Middleware	Die rip-Middleware bildet die Basisarchitektur für eGovernment in Rheinland-Pfalz. Für die Einbindung von Fachverfahren in die eGovernment-Strategie ist neben der Bereitstellung von Basisdiensten und Dienstleistungen auch die Einrichtung zentraler technischer Funktionalitäten, die durch unterschiedliche Dienste und Behörden genutzt werden können, sowie von „Einer für Alle“-Dienstleistungen (Efa-Dienstleistungen), die von mehreren Behörden gleich oder ähnlich erbracht werden, notwendig. Dieses begründet den Bedarf an einer "rip-Middleware", die eine Reihe vielfach erforderlicher Dienste bereitstellt. Sie wird eine technologische Plattform darstellen, über die Bürger und Wirtschaft sicher und medienbruchfrei mit der Verwaltung kommunizieren können.	Planung	hoch	hoch	mittel	mittel	mittel	hoch	hoch	ja		



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Ziele										
					Kostenvermeidung	Zeitvorteil	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Zusammenarbeit	Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsstandes	Qualitätssteigerung	Verbesserung der Zugänglichkeit	Nutzung d. RP-Netzes	ja	nein	
134	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Landesrecht online	Das Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz stellt in Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien des Landes und der Staatskanzlei in einem gemeinsamen Projekt mit der juris GmbH, Saarbrücken, für interessierte Bürgerinnen und Bürger Texte rheinland-pfälzischer Rechtsvorschriften im Internet bereit.	Einsatz	mittel	mittel	hoch	gering	mittel	hoch	mittel	hoch	ja	nein
135	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Automatisiertes Mahnverfahren	Maschinelle Bearbeitung des gerichtlichen Mahnverfahrens beim Amtsgericht Mayen (zentrales Mahngericht) mit der Möglichkeit der Antragstellung via E-Mail sowie des beleglosen Datenträgeraustauschs	Einsatz	mittel	hoch	mittel	gering	mittel	hoch	hoch	hoch	ja	nein
136	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Automation der Gerichtsbarkeiten	Automationsunterstützung der einzelnen Gerichtsbarkeiten (u.a. mit Pilotprojekt zum elektronischen Rechtsverkehr beim OVG Koblenz und Insolvenzverfahren online)	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	ja	nein
194	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Elektronische Registerführung	Automation der Registergerichte in Rheinland-Pfalz	Planung	hoch	hoch	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	ja	nein
195	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Elektronisches Grundbuch	Einführung der Software SolumSTAR bei den Grundbuchämtern in Rheinland-Pfalz; Möglichkeit der elektronischen Grundbucheinsicht; Datenaustausch zwischen Grundbuchämtern und Katasterverwaltung	Einsatz	mittel	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	hoch	hoch	ja	nein
196	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	IT-Justizvollzugsanwendungen	Erneuerung und Erweiterung der IT-Justizvollzugsanwendungen im Strafvollzug Rheinland-Pfalz	Planung	mittel	hoch	hoch	mittel	hoch	gering	gering	gering	ja	nein
197	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Einbindung des Einwohnermeldesystem (EWOIS)	Nutzung von EWOIS durch alle Gerichte und Staatsanwaltschaften	Einsatz	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	mittel	mittel	ja	nein
198	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Automation der Staatsanwaltschaften	Einführung der Software "web_sta" zur Automationsunterstützung der Staatsanwaltschaften (Ablösung des Verfahrens "CUST")	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	mittel	mittel	ja	nein
809	05 Ministerium der Justiz	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig-Str. 3, 55116, Mainz	Internetpräsenz der Justiz (u. a. barrierefreier Internetauftritt der Justiz; Ausbau des Internetangebots)	Das Ministerium der Justiz hat beginnend im Jahr 2002 den Internetauftritt der rheinland-pfälzischen Justiz unter Nutzung eines CMS komplett barrierefrei neu gestaltet und erweitert.	Einsatz	gering	mittel	hoch	gering	hoch	hoch	hoch	hoch	ja	nein



nr. 1089	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RLP-Netzes									
					Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsprozesses	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Kostenreduzierung	Stärkung der Qualität	Verbesserung der Personalführung	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Qualität
211	06 Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Bauhofstrasse 9, 55116, Mainz	e-contact - digitale Kommunikation und Dienstleistung im Netz	Informations-, Interaktions- und Transaktionsbasis im Zuständigkeitsbereich des MASFG im Internet/Intranet für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Firmen und Organisationen	Einsatz	mittel	mittel	hoch	mittel	hoch	mittel	gering	ja	
212	06 Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, , Am Rodelberg 21, 55131, Mainz	Internetservice LSJV	Informations-, Interaktions- und Transaktionsbasis im Zuständigkeitsbereich des LSJV im Internet/Intranet für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Firmen und Organisationen	Einsatz	mittel	mittel	hoch	mittel	hoch	mittel	gering	ja	
214	06 Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, , Am Rodelberg 21, 55131, Mainz	eGesundheitskarte Rheinland-Pfalz	Modellprojekt im Bereich der KV Trier zur Erprobung der elektronischen Gesundheitskarte	Planung	hoch	mittel	hoch	gering	gering	mittel	hoch	nein	
254	06 Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Bauhofstrasse 9, 55116, Mainz	Renten Antrag Online	Automatisierte Antragsstellung in der Rentenversicherung	Einsatz	mittel	hoch	mittel	gering	hoch	mittel	gering	ja	
256	08 Ministerium für Wirtschaft Verkehr Landwirtschaft und Weinbau	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Stiftsstraße 9, 55116, Mainz	DELFI - deutschlandweite Fahrplaninformation	Ziel von DELFI ist die Bereitstellung deutschlandweiter Fahrplanauskünfte unter Einschluss aller Busse und Bahnen.	Umsetzung						mittel	gering	nein	
257	08 Ministerium für Wirtschaft Verkehr Landwirtschaft und Weinbau	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Stiftsstraße 9, 55116, Mainz	Online-Simulation der Verkehrslage auf Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz -OLSIM -	Auf der Basis vorhandener Verkehrsdaten wird die aktuelle Verkehrslage auf den hochbelasteten Autobahnen in Rheinland-Pfalz ermittelt und als Karte im Internet dargestellt.	Einsatz		mittel	mittel			mittel	mittel	nein	



Rp-Nummer	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Nutzung d. RLP-Netzes									
					Stärkung des Wirtschaftsanspruchs Rheinland-Pfalz	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Zeitvorteil	Kostenvorteil	Stärkung des Wirtschaftsanspruchs Rheinland-Pfalz	Verbesserung der Zuverlässigkeit	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Aufgabenerfüllung
259	08 Ministerium für Wirtschaft Verkehr Landwirtschaft und Weinbau	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Stiftsstraße 9, 55116, Mainz	Flächeninformationen Online - FLOrlp	Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat für 20.000 landwirtschaftliche Unternehmen in Rheinland-Pfalz ein Internet-basiertes Geographisches Informationssystem (GIS) entwickelt. Landwirte können über Internettechnologie graphische und alphanumerische Informationen zu den bewirtschafteten Flächen einsehen. Kombiniert mit Katasterkarten und Luftbildaufnahmen werden diese Flächen lagegenau visualisiert. Neben diesen GIS-Daten stehen flächen- und unternehmensbezogene Sachdaten bereit. Das Programm stellt dem Landwirt zusätzlich online die Möglichkeit zum Messen von Flächen und Distanzen zur Verfügung. Es handelt sich um die erste Ausbaustufe für die geplante interaktive Antragstellung landwirtschaftlicher Fördermaßnahmen. Das System basiert auf dem OpenSource MapServer der Universität Minnesota (UMN) und unterstützt den WebMapService-Standard (WMS) des Open GIS Consortiums (OGC). Die Systemoberfläche wurde mit dem GIS-Client der CCGIS durch die ISB-AG und das Fraunhofer IESE realisiert. Die Internetanbindung erfolgt in der E-Government Umgebung des rlpService.	Umsetzung	mittel	mittel	hoch	gering	hoch	hoch	mittel	gering	ja
274	08 Ministerium für Wirtschaft Verkehr Landwirtschaft und Weinbau	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Stiftsstraße 9, 55116, Mainz	Bestellwesen für Geobasisdaten	Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat mit dem "Bestellwesen für Geobasisdaten" eine Intranet Plattform zur Nutzung der Geobasisinformationen für den Geschäftsbereich geschaffen. Über eine Web-Applikation stehen den Benutzern die Geodaten Online zur Verfügung. Der Datentransfer kann als Download oder als E-Mail Anhang erfolgen. Das "Bestellwesen für Geobasisdaten" bietet dem gesamten Geschäftsbereich die Möglichkeit direkt auf aktuelle Geodaten zuzugreifen. Grundlage ist die Ressortvereinbarung mit dem Ministerium des Innern und für Sport zur Übermittlung und Nutzung der Geobasisinformationen.	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	hoch	mittel	ja
10	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	EGSCH	Online-Datenbank im Internet zur Aufnahme und Vorhaltung schulaufsichtlicher Daten der Schulen in Rheinland-Pfalz mit Recherchefunktion. Nutzer: Schulleitungen, Schulaufsicht, Stat. Landesamt, sonstige Landesbehörden, Päd. Service-Einrichtungen	Einsatz	hoch	hoch	mittel	mittel	hoch	hoch	gering	gering	nein
11	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Jährliche Erhebung der IT-Ausstattungen aller Schulen	Eingabe der Hard- und Software im Unterricht, in der Schulverwaltung und des Computer- und Interneteinsatzes durch die Schulen selbst, die sich mit der bekannten Kennung der elektronischen Gliederungspläne auf gesicherter Basis einloggen können	Einsatz	hoch	hoch	gering	mittel	gering	mittel	gering	gering	ja



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Ziele										
					Kostenvermeidung	Zeitvorteil	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung moderner Personalführungskonzepte	Stärkung des Wirtschaftsanspruchs Rheinl.-Pfalz	Nutzung d. RLP-Netz	Verbesserung der Zusammenarbeit	Qualitätssteigerung	Stärkung des Wirtschaftsanspruchs Rheinl.-Pfalz	Nutzung d. RLP-Netz	
12	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Unterrichtsbezogene Anwendungsbetreuung im Computerbereich	Die Schulen bekommen auf der Basis der Anzahl der Schülerinnen und Schüler einen Förderbetrag zur Verfügung gestellt, der in der Online-Datenbank der el. Gliederungspläne gespeichert ist und nur von der betreffenden Schule gesichtet werden kann. Bis zur Höhe dieser Förderung kann die gewünschte Anzahl von Anrechnungsstunden von der Schule selbst eingetragen werden, sofern sie sich für diese Alternative entscheidet. Ebenfalls können Kooperationen mit benachbarten Schulen eingetragen werden, sofern Bedarf besteht.	Einsatz	hoch	hoch	mittel	gering	hoch	hoch	gering	mittel	gering	ja
21	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Bewerbungsverfahren für den Schuldienst Angebote der ADD	Bewerbungsvordrucke und Antragsvordrucke und elektronische Formulare stehen für zahlreiche Verfahren z. B. Bewerbung in den Schuldienst, Stellenausschreibungen (einschl. Quer- und Seiteneinsteiger, Vorbereitungsdienst, Versetzungen im Ländertauschverfahren, Funktionsstellenbesetzungen) zum Download bereit. Beantragung von Teilzeit kann über das Internet online erfolgen. Die Angebote richten sich an Schulen und Lehrkräfte. www.mbfj.rlp.de (unter: Bildung) - www.add.rlp.de : http://www.add.rlp.de/schulangelegenheiten_bewerbung.html http://www.add.rlp.de/stellen.html http://www.add.rlp.de/schulangelegenheiten_antraege.html	Umsetzung	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	gering	hoch	gering	ja	
23	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Angelegenheiten der europäischen, internationalen und grenzüberschreitenden Arbeit im Bildungsbereich	Website mit Informationsangeboten für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu europäischen, internationalen und grenzüberschreitenden Angeboten, Links zu weiterführenden Informationen, Formularvordrucke für einzelne Austauschprogramme und Schülerbegegnungsmaßnahmen	Einsatz	mittel	mittel	gering	gering	gering	gering	gering	gering	nein	
228	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Verfahren zur Feststellung der Dienstfähigkeit	Bearbeitung von Anträgen auf Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit		mittel	mittel	hoch	mittel	mittel	gering	mittel	gering	ja	
229	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Probezeitberechnungen	Berechnung der Probezeit einschl. Anstellungsdatum und Datum zur Lebenszeiterneuerung		mittel	hoch	hoch	mittel	hoch	gering	mittel	gering	ja	
230	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Kurzauskunft Personal Schulen	Kurzauskunft / Info über Personaldaten der Schulen		mittel	hoch	mittel	gering	hoch	gering	mittel	gering	ja	
232	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Willy-Brandt-Platz 3, 54290, Trier	Funktionsstellenbesetzungsverfahren	Bearbeitung/Entscheidung und Information über den Verfahrensstand von Funktionsstellenbesetzungen der Schulen (Schulleiter o.ä.)	Planung	mittel	hoch	mittel	mittel	mittel	gering	mittel	gering	ja	



ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kriterien										
					Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsstandortes Rheinl.-Pfalz	Verbesserung der Zusammenarbeit	Nutzung d. RLP-Netzes	Verbesserung der Personalführungskonzepte	Verbesserung der Aufgabenverteilung	Zeitvorteil	Qualitätssteigerung der Dienstleistung	Verbreiterung der Aufgabensphäre	Kostenvorteil	Status	
251	09 Ministerium für Bildung, Frauen, und Jugend	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz, Land Rheinland-Pfalz, Abteilung Frauen und Berufsbildende Schulen, Diether-von-Isenburgstr. 9-11, 55116, Mainz	Homepage	Information zu Ganztagschule in neuer Form, mit Jobbörse und Kontaktformular und verschiedenen Downloads	Einsatz	gering	hoch	mittel	gering	hoch	mittel	gering	hoch	mittel	ja
227	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstr. 3-5, 56068, Koblenz	Vollzug der AbfklärV	Entgegennahme und Bearbeitung von Meldungen nach der AbfklärV	Einsatz	hoch	hoch	hoch	mittel	mittel	mittel	gering	hoch	nein	
235	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Umweltdatenkatalog (UDK)	Metainformationssystem für Umweltinformationen	Umsetzung	mittel	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	hoch	hoch	nein	
236	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Projekt DOKMA	Pilothafte Einführung der (vollständig) elektronischen Vorgangsbearbeitung in einer Abteilung des Ministeriums	Einsatz	mittel	mittel	mittel	mittel	mittel	gering	gering	nein		
250	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Boden-Informationssystem Rheinland-Pfalz - Modul Bodenschutzkatalog	Fachsystem für den Bodenschutz - beinhaltet die bisherigen Altablagerungs- und Altstandortkataster, fachlich ergänzt um die Erfassungs- und Bewertungsinformationen zu den schädlichen Bodenveränderungen. Hauptkomponenten: Sachdaten und Grafikdaten (Web-GIS) sowie die Systemadministration/Nutzerrechnerverwaltung; Zuständigkeiten gemäß Bodenschutzrecht: - Erfassung und Führung durch LUWG - Bewertung durch SGD - künftig auch Zugriff für weitere Behörden mit Teilzuständigkeiten Rechtliche Basis wird künftig das rheinland-pfälzische Landesbodenschutzgesetz sein (noch in Entwurfsabstimmung).	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	hoch	ja		
262	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstr. 3-5, 56068, Koblenz	ICSMS	ICSMS ist ein leistungsfähiges System, das den verschiedenen Benutzern eine Fülle praktischer Funktionen bietet. Seine wesentliche Aufgabe besteht darin, über das Internet Produktinformationen bereitzustellen und auszutauschen.	Einsatz	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	gering	nein		



nr. 1881	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kriterien							
					Kein Vorteil	Zeitvorteil	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Qualität	Verbesserung der Wirtschaftlichkeit	Nutzung d. RP-Netzes	Stärkung des Wirtschaftsentwicklungsstandes	
263	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Trinkwasser-Informationssystem TWISTweb	Zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes wurde von Seiten des Ministeriums für Umwelt und Forsten das Trinkwasser-Informationssystem TWISTweb entwickelt. TWISTweb stellt den an der Trinkwasserüberwachung beteiligten Fach- und Gesundheitsbehörden, Wasserversorgungsunternehmen und Trinkwasserlaboren eine Internet-Plattform zum Datenaustausch und für eine moderne Trinkwasserüberwachung bereit. Von der Anforderung der Trinkwasseranalyse bis zur Auswertung der Untersuchungsergebnisse und ihrer Weiterleitung an die Europäische Union werden alle Schritte in einem einheitlichen Datenformat und weitgehend automatisiert durchgeführt. TWISTweb ermöglicht die schnelle Zusammenfassung, Bewertung und die interaktive regionale Kartendarstellung von aktuellen Daten zur Trinkwasserqualität. Rechtsgrundlage ist die Trinkwasserverordnung. TWISTweb wird auch zur Weiterleitung und Speicherung von Daten der Rohwasserüberwachung nach dem Landeswassergesetz und im Rahmen der Eigenüberwachung genutzt. Technischer Hintergrund von TWISTweb ist eine neu entwickelte Internet-Anwendung mit Zugriff auf wasserwirtschaftliche Stammdaten und d	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	e
264	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Bürgerinformation online am Beispiel der Trinkwasserqualität	Den kommunalen und lokalen Wasserversorgungsunternehmen soll eine Internet-Plattform zur Verfügung gestellt werden, um ihren Informationspflichten nach der Trinkwasserverordnung aktuell, kostengünstig und landesweit einheitlich nachzukommen. Gleichzeitig sollen die für die Trinkwasserüberwachung zuständigen Gesundheitsbehörden von personalintensiven Anfragen entlastet und mehr Bürgerbeteiligung bei der Erhaltung der Trinkwasserqualität erreicht werden. Dazu sollen - nach ihrer Freigabe durch die verantwortlichen Wasserversorgungsunternehmen - die im Trinkwasser-Informationssystem TWISTweb bereitgestellten aktuellen Daten zur Trinkwasserqualität verwendet werden (s.a. „Automatisierung von Geschäftsgängen am Beispiel der Trinkwasserüberwachung“). Der Ministerrat hat am 20.04.04 das MUF beauftragt, das Trinkwasser-informationssystem TWISTweb entsprechend der Forderung der EU nach mehr Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung zur Grundlage für die interaktive Information der Bürger/-innen über die Qualität ihres Trinkwassers zu machen.	Planung	mittel	mittel	hoch	mittel	gering	gering	nein

ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Unterstützung höherer Dienststellen	Stärkung des Wirtschaftsklimas Rheinl.-Pflz.	Verbesserung der Zusammenarbeit	Nutzung d. RLP-Netz	ja			
					Qualifizierung der Personalarbeit	Verbesserung der Aufgabenerfüllung	Zeitersparnis	Kostenersparnis		Status		
265	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Internetplattform Hochwasserschutz	Die Internet-Plattform Hochwasserschutz Rheinland-Pfalz ist eine gemeinsame Initiative des Gemeinde- und Städte- Bundes Rheinland-Pfalz und der Wasser- Wirtschaftsverwaltung des Landes. Sie bietet allen am Hochwasserschutz Beteiligten, insbesondere den Kommunen, die Möglichkeit, ihre Projekte und Hochwasserschutzmaßnahmen der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen	mittel	hoch	hoch	gering	gering	hoch	mittel	ja
266	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Digitales Wasserbuch (nicht öffentlicher Bereich)	Mit der Anwendung Digitales Wasserbuch (DIGIWAB) wurde zum 1.1.2004 das als analoges Karteikartensystem geführte Wasserbuch (§37 WHG, 124 LWG) auf ein digitales öffentliches Register (Internettechnologie) für die oberen und unteren Wasserbehörden umgestellt. Zugang haben auch andere Behörden und Maßnahmeträger entsprechend den Regelungen des § 109a LWG.	Einsatz	hoch	hoch	gering	hoch	mittel	hoch	ja
267	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Digitales Wasserbuch (öffentlicher Bereich)	Jedem Bürger/Bürgerin ist landeswassergesetzlich die Einsichtnahme in das Wasserbuch gestattet. Darüber hinaus stellt das Wasserbuch ein Instrument dar, um die Verpflichtung zur aktiven Information der Umwelt nach dem UIG nachzukommen.	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	gering	mittel	hoch	ja
268	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Europäisches Emissionsregister (EPER)	Zur Erfüllung der dreijährlichen Berichtspflicht für das Europäische Emissionsregister (EPER) wurde eine Internetanwendung realisiert, die es den berichtspflichtigen Betrieben gestattet, ihre Daten über (Keine Vorschläge) online in die Datenbank der Wasserwirtschaftsverwaltung hochzuladen	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	gering	mittel	ja
269	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Eigenüberwachung online	Zur Erfüllung der jährlichen Berichtspflicht der abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen wurde eine Internetlösung realisiert, die es den Kommunen gestattet, die Daten über online in die Datenbank der Wasserwirtschaftsverwaltung hochzuladen.	Einsatz	hoch	hoch	hoch	gering	gering	mittel	ja
270	14 Ministerium für Umwelt und Forsten	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116, Mainz	Abwasserabgabe digital	Die Erhebung der Abwasserabgabe von den abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen und industriellen Direktleiter soll auf ein digitales Verfahren umgestellt werden. Ziel ist es, den gesamten Geschäftsprozess digital abzubilden.	Ideenfindung	hoch	hoch	hoch	gering	gering	mittel	ja
6667	Ministerium für Umwelt und Forsten	Nachhaltige Entwicklung, Naturschutz und länderübergreifende Umweltpolitik	Aufbau Landschaftsinfo-System									



pl_188m	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kriterien													
					Unterstützung moderner Personalmanagementkonzepte	Stärkung des Wirtschaftsinformationsbereichs	Verbesserung der Personalarbeit	Nutzung d. RLP-Netz	Qualifizierung der Dienstleistungserstellung	Verbesserung der Zusammenarbeit	Zeitbedarf	Kostenanteil	Status					
6668	Ministerium für Umwelt und Forsten	Nachhaltige Entwicklung, Naturschutz und länderübergreifende Umweltpolitik	Aufbau Meteorologisches Infosystem															
6669	Ministerium für Umwelt und Forsten	Zentralabteilung	Integriertes Umweltinformationssystem															
6670	Ministerium für Umwelt und Forsten	Wasserwirtschaft	Gewässerinformationssystem															
6671	Ministerium für Umwelt und Forsten	Zentralabteilung	GIS-Intranet															
6672	Ministerium für Umwelt und Forsten	Nachhaltige Entwicklung, Naturschutz und länderübergreifende Umweltpolitik	Landespflege Liegenschaftsinfo-System															
6673	Ministerium für Umwelt und Forsten	Wasserwirtschaft	Intranet Wasserwirtschaft															
6674	Ministerium für Umwelt und Forsten	Zentralabteilung	Digitale Unterschrift															
6675	Ministerium für Umwelt und Forsten		Intranet Forstverwaltung															
6678	Ministerium für Umwelt und Forsten		Submission Holz															
6679	Ministerium für Umwelt und Forsten		Geographisches Informationssystem Forst															
6680	Ministerium für Umwelt und Forsten		Beratungsnetz für Umwelt und Energie des Landes Rheinland-Pfalz (BUE-rlp)	nicht kommerzielle, zentrale und fachüber-greifende Informations- und Beratungsplattform; Verknüpfung der verschiedenen vorhande-nen Einzelinitiativen des Landes Rheinland-Pfalz zu einem umfassenden überschaubaren Bera-tungsangebot insbe-sondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu den Themen Umwelt und Energie														
189	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Landeshauptarchiv, Karmeliterstr. 1-3, 56068, Koblenz	Online-Erwerbung der Veröffentlichungen	Recherche in der Datenbank zu den Veröffentlichungen der LVA, Sicherung des Rechercheergebnisses durch Merktettel-Funktion, Möglichkeit einer Online-Bestellung	Einsatz	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	mittel	nein					

ID	Ressort	Dienststelle	Bezeichnung	Beschreibung	Kriterien								
					Kosten/ Erlös	Zeitvorteil	Verbesserung der Dienstleistung	Verbesserung der Personalführungskonzepte	Stärkung des Wirtschaftsanspruchs Rheinland-Pfalz	Verbesserung der Zusammenarbeit	Nutzung d. RLP-Netz	Qualitätssteigerung	Modernisierung
190	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Landeshauptarchiv, Karmeliterstr. 1-3, 56068, Koblenz	Direkterwerb von Archivalien	Möglichkeit des Recherchierens und Erwerbens von Archivalienabbildungen in digitaler Form mittels Online-Bezahlsystem	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	mittel	nein
191	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Landeshauptarchiv, Karmeliterstr. 1-3, 56068, Koblenz	Diskussionsforum	Fachspezifischer Austausch zwischen Nutzern und Archiv zu Forschungsfragen.	Einsatz	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	gering	
285	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Landesamt für Denkmalpflege, Schillerstraße 44, 55116, Mainz	PGIS	Archäologisches Fundstellenkataster	Umsetzung	mittel	hoch	hoch	mittel	hoch	hoch	mittel	
314	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Internetportal für Kultureinrichtungen und Kulturschaffende	Erstellung eines Internetportals für Kultureinrichtungen und Kulturschaffende mit Jobbörse, Kooperationsbörse und Info-Center	Umsetzung	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	nein
315	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Anmeldung zu Veranstaltungen und Bestellung von Publikationen	Bürgerinnen und Bürger können bei der Landeszentrale sich zu Veranstaltungen anmelden und Publikationen bestellen. ferner besteht die Möglichkeit unter der Rubrik "Einmischen" Anregungen und Diskussionsbeiträge zu übersenden.	Einsatz	gering	gering	hoch	gering	hoch	hoch	gering	nein
316	15 Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mittlere Bleiche 61, 55116, Mainz	Förderung von Forschungsvorhaben in RLP	Information, Kommunikation und Bearbeitung von Anträgen, einholen von Gutachten, größtenteils elektronisch. Internetbearbeitung mit Hilfe einer eigens konzipierten Datenbank	Einsatz	hoch	hoch	mittel	mittel	hoch	hoch	mittel	ja



Hilfe zur Benutzung dieses PDF-Dokumentes

Sie benutzen ein PDF-Dokument, das weitreichende Möglichkeiten der internen und externen Verlinkung nutzt.

Sie gelangen zum **Inhaltsverzeichnis** wenn Sie an der linken Kante des Anzeigefensters des **Adobe Acrobat Readers** auf „**Lesezeichen**“ klicken.

Dies PDF gliedert sich inhaltlich in zwei Teile: einmal gibt es **Zusammenfassende Artikel** (genannt „Übersicht“), die den Inhalt in gekürzter Form wiedergeben. Wenn Sie sich nur einen schnellen Überblick über das Thema verschaffen wollen, reichen diese Texte vollkommen aus.

Am Ende einer solchen Übersicht finden Sie folgende Navigation:

- › Ich will es genauer wissen: zum kompletten Text
- › Mehr will ich hier nicht wissen: zum nächsten Thema
- › Hilfe

Wollen Sie den vollständigen Text lesen, so können Sie das tun indem Sie auf den ersten Punkt klicken („zum kompletten Text“). Wollen Sie zum nächsten Thema wechseln, so tun Sie mit einem Klick auf die zweite Zeile.